

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 23. September 1990*

Christof Buri, Daniel Schloeth

<i>Abstimmungsergebnisse</i>	Ja	Nein
Volksinitiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie»	816'302 47.1 %	915'552 52.9 %
Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)»	947'356 54.6 %	787'247 45.4 %
Energieartikel	1'212'898 71.0 %	495'952 29.0 %
Änderung des Strassenverkehrsgesetzes	898'718 52.8 %	803'540 47.2 %
<i>Stimmbeteiligung</i>	39.2 %	

*Tabelle 1: Die effektiven Abstimmungsresultate gesamtschweizerisch und nach Kantonen<sup>1</sup>*

Kanton	Abstimmungsresultate am 23. September 1990								
	Stimm- teiligung (in %)	Ausstiegs- initiative		Moratoriums- initiative		Energie- artikel		Strassenver- kehrsgesetz	
		% Ja	% Nein	% Ja	% Nein	% Ja	% Nein	% Ja	% Nein
CH .....	39.2	47.1	52.9	54.6	45.4	71.0	29.0	52.8	47.2
ZH .....	45.1	45.0	55.0	52.7	47.3	70.3	29.7	45.1	54.9
BE .....	38.1	48.4	51.6	56.8	43.2	74.0	26.0	51.4	48.6
LU .....	41.1	48.2	51.8	56.8	43.2	70.8	29.2	50.5	49.5
UR .....	39.0	50.5	49.5	57.5	42.5	75.7	24.3	45.8	54.2
SZ .....	35.5	43.1	56.9	50.2	49.8	57.7	42.3	44.8	55.2
OW .....	39.1	47.6	52.4	55.6	44.4	62.2	37.8	53.7	46.3
NW .....	44.5	46.6	53.4	53.1	46.9	74.4	25.6	53.4	46.6
GL .....	40.0	47.3	52.7	55.9	44.1	70.1	29.9	45.4	54.6
ZG .....	50.0	43.8	56.2	52.8	47.2	67.1	32.9	49.4	50.6
FR .....	36.3	47.5	52.5	53.7	46.3	73.7	26.3	64.6	35.4
SO .....	53.5	42.6	57.4	54.3	45.7	67.4	32.6	50.1	49.9
BS .....	44.2	63.4	36.6	71.0	29.0	83.0	17.0	42.9	57.1
BL .....	47.9	53.6	46.4	63.7	36.3	77.3	22.7	49.5	50.5
SH .....	69.1	44.8	55.2	54.9	45.1	65.1	34.9	49.2	50.8
AR .....	46.6	44.0	56.0	52.7	47.3	69.3	30.7	52.8	47.2
AI .....	39.0	34.2	65.8	43.2	56.8	69.4	30.6	56.9	43.1
SG .....	41.1	43.0	57.0	52.9	47.1	71.2	28.8	53.3	46.7
GR .....	38.0	49.9	50.1	56.1	43.9	70.2	29.8	48.6	51.4
AG .....	38.6	32.3	67.7	39.2	60.8	64.8	35.2	55.2	44.8
TG .....	43.7	37.6	62.4	46.2	53.8	65.4	34.6	55.7	44.3
TI .....	38.7	54.3	45.7	58.4	41.6	78.6	21.4	51.6	48.4
VD .....	30.3	50.9	49.1	54.5	45.5	66.8	33.2	70.6	29.4
VS .....	29.1	39.8	60.2	44.1	55.9	55.3	44.7	65.8	34.2
NE .....	41.7	54.6	45.4	58.0	42.0	73.0	27.0	68.4	31.6
GE .....	35.6	65.0	35.0	69.2	30.8	81.1	18.9	62.7	37.3
JU .....	31.7	59.6	40.4	65.5	34.5	77.0	23.0	60.5	39.5

1) Angaben aufgrund der Presse vom 23.9.1990.

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	4
1. Die Stimmbeteiligung	5
1.1 Die Stimmbeteiligung nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen	8
1.2 Ausgewählte Aspekte der Mobilisierung	8
1.2.1 Die Mobilisierungswirkung der Vorlagen	8
1.2.2 Der Zeitpunkt der Meinungsbildung	10
2. Die Volksinitiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie»	12
2.1 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen	12
2.2 Entscheidungsmotive	16
3. Die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» (Moratorium)	17
3.1 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen	17
3.2 Entscheidungsmotive	19
4. Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative im Vergleich	22
4.1 Das Stimmverhalten	22
4.2 Unterstützung von Pro- und Contra-Argumenten zur Atomenergie	24
4.3 Ausgewählte Grundhaltungen zur Atomenergie und zur Energiepolitik	27
5. Der Energieartikel	34
5.1 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen	34
5.2 Entscheidungsmotive	37
5.3 Unterstützung von Pro- und Contra-Argumenten zum Energieartikel	38
5.4 Ausgewählte Grundhaltungen zum Energiesparen	40
6. Die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes	43
6.1 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen	44
6.2 Entscheidungsmotive	47
6.3 Unterstützung von Pro- und Contra-Argumenten zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes	49
7. Methodische Aspekte: Die Stichprobe	51
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	52

## Einleitung

### *Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz*

Am 23. September 1990 hatten die Stimmberechtigten über drei Energievorlagen und eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes abzustimmen. Bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 39,2 Prozent wurden drei der Vorlagen angenommen:

- Die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes wurde von 52,8 Prozent der Urnengänger bejaht. In neun deutschschweizerischen Kantonen resultierten ablehnende Mehrheiten.
- Der Energieartikel wurde mit 71,0 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Sämtliche Kantone stimmten dieser Vorlage zu.
- Die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» befürworteten 54,6 Prozent der Stimmberechtigten. Einzig die Kantone Aargau, Thurgau, Wallis und Appenzell Innerrhoden lehnten die Vorlage ab.
- Die Volksinitiative «Ausstieg aus der Atomenergie» wurde mit 52,9 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Ja-Mehrheiten resultierten in den Kantonen Uri, Basel-Stadt, Baselland, Tessin, Waadt, Neuenburg, Genf und Jura.

Der Ausgang der Abstimmung über die beiden Atominitiativen war bis zuletzt offen, wobei zumindest für die Ausstiegsinitiative mit einer Ablehnung gerechnet wurde. Frühere Volksbegehren, die in eine ähnliche Richtung zielten, waren in den Jahren 1979 und 1984 jeweils nur knapp abgelehnt worden. Die Initiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» ist in der 100jährigen Geschichte des Initiativrechts das zehnte Volksbegehren, das angenommen wurde. Im zweiten Anlauf (nach 1983) haben die Stimmberechtigten auch der Aufnahme eines Energieartikels in die Verfassung zugestimmt. Als kleine Überraschung – nach der deutlichen Verwerfung der Kleeblattinitiativen – konnte die nur knappe Annahme der Änderung des Strassenverkehrsgesetzes gewertet werden, gegen die in erster Linie wegen der Erhöhung der Lastwagenbreite das Referendum ergriffen worden war.

In der vorliegenden Untersuchung sollen wesentliche Aspekte des Abstimmungsverhaltens beleuchtet werden. Dabei werden insbesondere folgende Fragenkomplexe thematisiert:

- *Stimmbeteiligung und Mobilisierung*: Wer ging am 23. September 1990 stimmen? Wie beeinflussten die Abstimmungsgegenstände und die Kampagne den Entscheid, am Urnengang teilzunehmen?
- *Stimmverhalten*: Welche Konfliktlinien lassen sich erkennen? Wie setzen sich die Lager der Befürworter und der Gegner zusammen?
- *Entscheidungsfindung*: Welche Entscheidungsmotive gaben den Ausschlag? In welchem Masse wurden die im Abstimmungskampf verwendeten Argumente von den StimmbürgerInnen aufgenommen?
- *Grundhaltungen zur Atomenergie und zur Energiepolitik*: Wie ist das Abstimmungsergebnis zu den Energievorlagen im Zeitvergleich zu interpretieren? Welche Verschiebungen sind in den Lagern der Befürworter und Gegner festzustellen? Lassen sich bei den Einstellungen zur Energiepolitik Trendmuster ausmachen?

Die vorliegende Untersuchung entstand in Zusammenarbeit zwischen dem GfS-Forschungsinstitut, Zürich, und der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft an der Universität Zürich. Wie üblich zeichnet das GfS-Forschungsinstitut für die Feldarbeit, Datenaufbereitung und -auswertung verantwortlich. Die Kommentierung der Ergebnisse übernahm die Forschungsstelle für Politische Wissenschaft an der Universität Zürich.

## 1) Stimmbeteiligung

Am 23. September gingen knapp zwei Fünftel (39,2%) der Stimmberechtigten an die Urne. Im Langzeitvergleich kann diese Stimmbeteiligung als mittel gelten. Die Mobilisierungswirkung von Energievorlagen, insbesondere auch Volksinitiativen zu Fragen der Nutzung der Atomenergie war nie überdurchschnittlich gross<sup>1</sup>.

Bisherige empirische Untersuchungen lassen den Schluss zu, dass ein Drittel der Stimmberechtigten regelmässig zur Urne geht. Etwas mehr als ein Fünftel geht nie stimmen, während knapp die Hälfte (40–50%) gelegentlich an Abstimmungen teilnimmt<sup>2</sup>. Innerhalb der Gruppe der gelegentlichen Urnengänger lässt sich weiter differenzieren zwischen häufig Teilnehmenden, die nur in Einzelfällen (Krankheit, Ortsabwesenheit etc.) der Urne fernbleiben, Stimmbürgern, die je nach Betroffenheit und Interesse teilnehmen, und selten Teilnehmenden.

Wie bei Nachbefragungen zu politischen Themen üblich, liegt die in der Befragung ermittelte Stimmbeteiligung von 59 Prozent deutlich über dem tatsächlichen Wert. Verschiedene Gründe lassen sich dafür anführen:

- Bürger, die nicht am Urnengang teilgenommen haben, sei es aus mangelndem Interesse, sei es aus anderen Gründen, werden sich auch nur bedingt zur Teilnahme an einer Nachbefragung motivieren lassen.
- Nicht-Urnengänger werden in einer Befragungssituation ihr Fernbleiben von der Urne nicht immer eingestehen.
- Soziale Randgruppen nehmen kaum an Abstimmungen teil. Sie sind auch über eine Umfrage nur sehr schwer zu erfassen.

Während sich bei der Abstimmung vom 26. November 1989 über die Armeeabschaffungsinitiative (und die Volksinitiative «Pro Tempo 100/130») auch selten (54%) und von Fall zu Fall (65%) Teilnehmende weit über das übliche Mass hinaus mobilisieren liessen, war dies am 23. September nur bedingt der Fall. Die Nachanalyse ergibt eine Teilnahme von 21 Prozent für die seltenen Urnengänger, 54 Prozent für diejenigen, die von Fall zu Fall zur Urne gehen und von 65 Prozent für die häufig Teilnehmenden.

1	Vgl. dazu:	Stimmbeteiligung
	VOX Nr. 9: Abstimmung über die 1. Atom-Initiative (18. Februar 1979)	50 %
	VOX Nr. 10: Revision des Atomgesetzes (20. Mai 1979)	37 %
	VOX Nr. 19: Energieartikel (27. Februar 1983)	32 %
	VOX Nr. 23: 2. Atom-Initiative und Energie-Initiative (23. September 1984)	42 %
2	Vgl. dazu Gruner / Hertig: Der Stimmbürger und die «neue» Politik, Bern 1983, S. 138 ff.	

*Tabelle 1.1: Die Stimmbeteiligung nach gesellschaftlichen Merkmalsgruppen*

Merkmal / Kategorie	Abweichung von der durchschnittlichen Stimmbeteiligung in %	
<b>Geschlecht:<sup>2</sup></b>		
Männer		+ 3
Frauen	- 4	
<b>Alter:<sup>1</sup></b>		
20-29jährige	- 6	
30-39jährige	- 5	
40-49jährige		+ 4
50-59jährige		+ 2
60-69jährige		+ 4
70jährige und älter		+ 6
<b>Schulbildung:<sup>1</sup></b>		
Obligatorische Schulen	- 12	
Berufsschule u.ä.	- 2	
Gymnasium, Universität		+ 18
<b>Berufliche Stellung:</b>		
Erwerbstätige total	- 1	
Selbständige, Leitende Angestellte	- 5	
Landwirte	- 10	
Angestellte und BeamtInnen in mittl. Stellung		+ 3
Übrige Angestellte und BeamtInnen	- 4	
ArbeiterInnen	- 5	
Nicht-Erwerbstätige total		+ 3
in Ausbildung		+ 4
im Haushalt tätig		
in Pension		+ 7
<b>Haushaltsstruktur:</b>		
Einpersonenhaushalt	- 4	
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder		+ 4
Mehrpersonenhaushalt mit Kindern	- 2	
<b>Zivilstand:<sup>1</sup></b>		
ledig	- 5	
verheiratet		+ 3
geschieden		8
<b>Eigentumsverhältnisse:<sup>1</sup></b>		
Hauseigentum		+ 6
Miete / Pacht	- 4	
<b>Ansässigkeit:<sup>1</sup></b>		
weniger als 5 Jahre am Ort	- 10	
mehr als 5 Jahre am Ort		+ 3

*Fortsetzung siehe nächste Seite*

Merkmal / Kategorie	Abweichung von der durchschnittlichen Stimmbeteiligung in %
<b>Sprachzugehörigkeit:<sup>1</sup></b>	
Deutsche Schweiz	+ 3
Französische Schweiz	- 6
(Italienische Schweiz)	- 25
<b>Siedlungsart:</b>	
Grossstädtische Agglomerationen	+ 1
Mittel- / kleinstädtische Agglomerationen	+ 1
Landgemeinden	- 1
Stimmbeteiligung total (VOX)	59
Stimmbeteiligung effektiv	39.2

Als Signifikanzmass wurde der Chi-Quadrat-Test verwendet. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit der in der Untersuchung gefundene Zusammenhang auch in der Realität gilt. Je näher der Wert bei Null liegt, desto grösser ist die Sicherheit bzw. desto kleiner ist die Irrtumswahrscheinlichkeit. Ein Wert von  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test) entspricht einer Sicherheit von 99 Prozent.

Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test).

*Tabelle 1.2: Die Stimmbeteiligung nach politischen Merkmalen*

Merkmal / Kategorie	Abweichung von der durchschnittlichen Stimmbeteiligung in %
<b>Parteiidentifikation:<sup>1</sup></b>	
Parteigebundene	+ 11
SVP	+ 12
FDP / LPS	+ 13
CVP	+ 13
LdU / EVP	+ 9
GPS	+ 9
SPS	+ 7
(PdA)	+ 16
keine Parteibindung	- 10
<b>Links/Rechts-Orientierung:<sup>2</sup></b>	
ganz links	+ 15
links	+ 5
mitte	+ 2
rechts	+ 13
ganz rechts	- 9
<b>Materialismus / Nachmaterialismus-Orientierung:<sup>1</sup></b>	
rein materialistische Werte	- 10
gemischte Werte	- 2
rein nachmaterialistische Werte	+ 7
Stimmbeteiligung total (VOX)	59
Stimmbeteiligung effektiv	39.2

Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test)

Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test).

## *1.1 Die Stimmbeteiligung nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalsgruppen*

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Sachabstimmungen ist nicht für alle gesellschaftlichen Gruppen gleich gross. Aus früheren VOX-Analysen wissen wir, dass die Stimmberechtigten bzw. die Befragten je nach sozialem Status (insbesondere berufliche Stellung und Ausbildung), nach bewohntem Landesteil (bzw. Sprachregion) und nach politischen Grundhaltungen (Parteisympathie, politisches Interesse) mehr oder weniger oft zur Urne gehen.

Hinsichtlich der Auswirkungen der Ausbildung, des Alters und der Sprachregion auf die Stimmbeteiligung werden die Ergebnisse früherer Untersuchungen und Abstimmungsanalysen im wesentlichen bestätigt:

- Die Beteiligung von AbsolventInnen obligatorischer Schulen war deutlich niedriger als von Personen mit Mittel- oder Hochschulbildung.
- Die um 9 Prozent höhere Beteiligung in der deutschsprachigen Schweiz als in der Westschweiz entspricht dem Langzeitvergleich. Die Differenz zwischen den beiden Landesteilen beträgt im Durchschnitt etwa 10 Prozent<sup>3</sup>. Die in der Untersuchung ermittelte niedrige Stimmbeteiligung in der italienischen Schweiz (-25%) ist auf die geringe Zahl von Befragten im Tessin zurückzuführen.

Betrachtet man den Einfluss der politischen und wertmässigen Orientierungen auf die Stimmbeteiligung, so finden sich auch hier die bekannten Partizipationsstrukturen bestätigt. Parteigebundene gingen eher zur Urne als Parteiungebundene. Insbesondere die bürgerlichen Parteien FDP/LPS, CVP und SVP, aber auch die PdA/GBS vermochten ihre Anhänger besonders gut zu mobilisieren. Überraschend ist allenfalls, dass die Teilnahme der Sympathisanten der Grünen Partei und der SPS, in deren Umfeld die Anti-AKW-Bewegung am ehesten anzusiedeln ist und aus deren Kreisen die Ausstiegs- und die Moratoriumsinitiative lanciert wurden, geringer ausgefallen ist. Allerdings sind die Teilnahmewerte für die Sympathisanten einzelner (insbesondere kleinerer) Parteien aufgrund der geringen Zahl der Fälle mit Zurückhaltung zu interpretieren.

## *1.2 Ausgewählte Aspekte der Mobilisierung*

### *1.2.1 Die Mobilisierungswirkung der Vorlagen*

Neben objektiven Gründen für ein Fernbleiben von der Urne (Krankheit, Ortsabwesenheit etc.) können insbesondere drei Faktoren für den einzelnen (gelegentlichen) Stimmbürger ausschlaggebend sein:

- Die wahrgenommene Schwierigkeit, sich eindeutig eine Meinung zu bilden: Wer sich verunsichert fühlt oder Probleme hat, sich ein Bild über die Auswirkungen seines Entscheides zu machen, wird eher der Urne fernbleiben.

<sup>3</sup> Gruner / Hertig, a.a.O., S. 144



- Die subjektive Betroffenheit durch die verschiedenen Vorlagen: Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass die von einer oder mehreren zur Abstimmung gelangenden Vorlagen besonders Betroffenen auch aktiv mitbestimmen.
- Das grundsätzliche Interesse für die Vorlagen bzw. die Abstimmungskampagne beeinflusst die Bereitschaft, sich zu informieren.

Die Nachbefragung ergab, dass alle vier Vorlagen bei den Stimmbürgern recht gut bekannt waren. 88 Prozent der Befragten (79% der Nicht-Stimmenden) wussten, dass am 23. September über die Volksinitiative für den «Ausstieg aus der Atomenergie» abgestimmt wurde. Ein ähnlicher Wert (87% der Befragten; 76% der Nicht-Urnengänger) wurde für die Moratoriumsinitiative ermittelt. Das Referendum gegen die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes konnten 82 Prozent (69% der Nicht-Stimmenden) nennen. Am wenigsten bekannt war die vierte und wohl auch unbestrittenste Vorlage, der Energieartikel (76% der Befragten; 58% der Nicht-Stimmenden).

An die korrekten Abstimmungsergebnisse konnten sich etwa 70 Prozent der Befragten erinnern. Auch hier wurde das Resultat für die Ausstiegsinitiative am ehesten richtig und das Ergebnis für den Energieartikel am wenigsten richtig genannt.

Die Empfehlungen der Bundesbehörden und des Parlaments waren etwa zwei Dritteln der Befragten (bzw. drei Vierteln der Urnengänger) bekannt. Am meisten Unklarheit herrschte über die Empfehlung zur Moratoriumsinitiative.

*Tabelle 1.3: Entscheidungsschwierigkeit und Betroffenheit nach Vorlagen*

	Stimmberechtigte	Urnengänger	Schwierigkeit im Zeitvergleich
<i>Entscheidungsschwierigkeiten<sup>1</sup></i>			
	<i>«Vorlage war 'eher leicht' zu beurteilen»</i>		
Ausstiegsinitiative	56 %	67 %	mittel
Moratoriumsinitiative	57 %	69 %	mittel
Energieartikel	47 %	59 %	gross
Änderung des Strassenverkehrsgesetzes	50 %	61 %	mittel bis gross
	Stimmberechtigte	Urnengänger	Betroffenheit im Zeitvergleich
<i>Betroffenheit<sup>2</sup></i>			
	<i>«Hohe persönliche Betroffenheit» (Selbsteinschätzung)</i>		
Ausstiegsinitiative	21 %	29 %	mittel
Moratoriumsinitiative	20 %	26 %	mittel
Energieartikel	14 %	19 %	gering
Änderung des Strassenverkehrsgesetzes	16 %	21 %	mittel bis gering

1 Höchster Wert «eher leicht» aus allen nachanalyzierten Sachabstimmungen: 87 Prozent (Volksinitiative «Pro Tempo 100/130»), tiefster Wert 32 Prozent (Konjunkturbeschluss). Die sieben Prädikate von «sehr gross» bis «sehr klein» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt.

2 Höchster Wert «sehr gross» aus allen nachanalyzierten Sachabstimmungen: 40 Prozent (Fristenlösung), tiefster Wert 5 Prozent (Aufgabenneuverteilung Primarschule). Die sieben Prädikate von «sehr gross» bis «sehr gering» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt.

Nicht unerwartet war die subjektive Betroffenheit bei der Ausstiegsinitiative am grössten. 21 Prozent gaben an, zwischen dem Gegenstand der Abstimmung und ihrem Alltag einen hohen Zusammenhang zu sehen. Im Zeitvergleich ist dies ein mittlerer Wert. Am stärksten betroffen fühlten sich SympathisantInnen linker und grüner Parteien (PdA: 49%; GPS: 35%; SPS: 33%), aber auch der FDP (38%), sowie Befragte mit Mittel- oder Hochschulbildung (35%). Kaum Auswirkungen auf ihr persönliches Leben erwarteten von der Ausstiegsinitiative Parteiungebundene (15%), SVP-Sympathisanten (14%) und BewohnerInnen der italienischen Schweiz (8%). Ähnliche Werte ergaben sich für die Moratoriumsinitiative. Hier gaben 20 Prozent der Befragten an, dass sie von der Vorlage stark betroffen seien. Die geringe Betroffenheit, welche der Energieartikel bei den Befragten auslöste (14%), ist sicher damit zu erklären, dass vom Verfassungsartikel noch nicht auf konkrete Massnahmen geschlossen werden kann. Auch beim Energieartikel und der Änderung des Strassenverkehrsgesetzes sind es jeweils die gleichen Gruppen wie bei den Atominitiativen, die angaben, von der Vorlage besonders stark bzw. besonders wenig betroffen zu sein. Dabei sind hier die Abweichungen vom Durchschnittswert für alle Befragten eher gering. Die in der Nachbefragung erfassten Informationsmittel wurden eher überdurchschnittlich genutzt. Im Gegensatz zu den Abstimmungen vom 4. Dezember 1988 und vom 26. November 1989 war die Aufmerksamkeit nicht für das Fernsehen, sondern für die Zeitungen am grössten: 72 Prozent der Urnengänger orientierten sich anhand von Zeitungsbeiträgen über die Abstimmungsvorlagen. Etwas weniger beachtet wurden die Sendungen im Fernsehen (69%) und am Radio (56%). Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden benützte auch das «Bundesbüchli» (53%).

Deutlich «standpunktgefärbte» Informationsmittel wie Abstimmungszeitungen (35%), Inserate (41%), Leserbriefe (32%) und Strassenplakate (25%) wurden von weniger Befragten genutzt. Die Befürworter der Energievorlagen haben durchschnittlich mehr Informationsquellen konsultiert als die Gegner.

Die Meinungsbildung für die Abstimmung vom 23. September fiel den Stimmberechtigten nicht besonders leicht. Ungefähr jeder dritte Urnengänger gab an, dass es ihm eher schwer gefallen sei, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den Auswirkungen auf die eigene Person zu machen. Die meisten Entscheidprobleme hatten die Befragten mit dem Energieartikel und der Änderung des Strassenverkehrsgesetzes.

### *1.2.2 Der Zeitpunkt der Meinungsbildung*

Rund zwei Drittel der befragten Urnengänger hatten sich bereits mehrere Wochen vor dem Abstimmungstermin für ein Ja oder ein Nein zu den Energievorlagen entschieden. Dieser Wert ist zwar niedriger als bei der Abstimmung vom 26. November 1989 über die GSoA-Initiative und die Initiative «Pro Tempo 130/100» (84%), aber deutlich höher als bei der Abstimmung vom 4. Dezember 1988 (53%) und ähnlich hoch wie bei den Nationalratswahlen 1987 (67%). Insbesondere bei den Befürwortern der Atominitiativen war der Meinungsbildungsprozess mehrheitlich früh abgeschlossen.

Dieses Ergebnis stützt die Annahme, dass die Lager der Atombefürworter und -gegner ziemlich geschlossen und statisch sind. Die Meinungen sind weitgehend verfestigt. Kernenergie scheint für viele Glaubenssache zu sein. Eine rationale Diskussion über dieses Thema wird dadurch zumindest auf absehbare Zeit erschwert.

*Tabelle 1.4: Rückerrinnerte Zeitpunkte der definitiven Sachentscheide 1987-1990  
(nur materiell Stimmende, alle Angaben nach Spalten prozentuiert)*

Zeitpunkt	Ausstiegs- initiative	Moratoriums- initiative	Energie- artikel	Abst. vom 26.11.89 (Ø)	Abst. vom 4.12.88 (Ø)	Nat.-rats- wahlen 87 18.10.87
war schon immer klar	46	47	42	64	32	54
mehrere Wochen vor dem Urnengang	17	17	16	20	22	14
1-2 Wochen vor dem Urnengang	14	13	15	6	26	14
wenige Tage vor dem Urnengang	11	11	12	6	13	8
unmittelbar vor dem Urnengang	8	8	10	2	5	6
weiss nicht mehr / keine Angabe	4	4	5	2	2	4

Zeitpunkt	Ausstiegsinitiative		Moratoriumsinitiative		Energieartikel	
	Ja- Stimmende	Nein- Stimmende	Ja- Stimmende	Nein- Stimmende	Ja- Stimmende	Nein- Stimmende
war schon immer klar	54	42	48	47	46	40
mehrere Wochen vor dem Urnengang	17	18	19	14	19	12
1-2 Wochen vor dem Urnengang	10	17	13	14	15	14
wenige Tage vor dem Urnengang	10	12	10	12	9	17
unmittelbar vor dem Urnengang	6	9	7	10	8	14
weiss nicht mehr / keine Angabe	3	2	3	3	3	3

## 2) Die Volksinitiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie»

Beide Atominitiativen wurden unter dem Eindruck des Unfalls in Tschernobyl lanciert und 1987 eingereicht. Die Initiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie» verlangte, dass keine neuen Anlagen zur Produktion von Atomenergie in Betrieb genommen, bestehende Anlagen nicht ersetzt und «so rasch als möglich» stillgelegt werden. Im Initiativtext selbst war keine Jahreszahl für den Ausstieg angegeben. Das Initiativkomitee nannte im «Bundesbüchli» den Termin von 2030, bis zu welchem eine schrittweise Abkehr vom Atomstrom möglich sei. Vier Massnahmen schlug es dazu vor: einen geringeren Stromexport, das Verbot von Elektrospeicherheizungen, eine effizientere Nutzung der vorhandenen Energie und mehr Gelder für die Forschung nach Alternativen. Der Bundesrat hielt den Ersatz der Atomenergie durch andere Energieformen für eine Illusion und warnte vor untragbaren Folgen für die Wirtschaft.

*Tabelle 2.1: Inhaltliche Beschreibung der Vorlage «Ausstieg aus der Atomenergie»*

Teilaspekt der Vorlage	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie	304	37 %
Keine neuen AKW mehr	222	27 %
Stilllegung der Atmokraftwerke	173	21 %
Möglichst rascher Ausstieg aus der Atomenergie	89	11 %
Ausstieg innerhalb einer bestimmten Zeit	82	10 %
Ausstieg bis 2030	52	6 %
Keine Erneuerung der bestehenden AKWs	30	4 %
Ersatz der Atomenergie durch Alternativen	26	3 %

1 Zweifachnennungen möglich. N = 823 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 182 Befragte).

*Tabelle 2.1* gibt Auskunft darüber, welche Teilfragen der Ausstiegs-Initiative von allen Befragten (UrnengängerInnen und Nicht-UrnengängerInnen) besonders wahrgenommen wurden. Sie basiert auf der Auswertung einer offenen Frage mit zwei Antwortmöglichkeiten. Die Kategorien wurden nach Abschluss der Nachbefragungen gebildet. Prozentuiert wird auf die Anzahl von 823 Antwortenden. Alle folgenden Tabellen, die eine Vorlage inhaltlich beschreiben, sind auf die gleiche Art gestaltet.

Vier Fünftel der Befragten konnten inhaltliche Angaben zur Vorlage machen. Die drei am häufigsten genannten Aspekte sind der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie, keine neuen AKWs (was eigentlich dem Moratorium entsprechen würde) und die Stilllegung der bestehenden. Erst an vierter Stelle nennen die Befragten die in der Initiative verwendete Formulierung: «Sie (die AKW) sind so rasch als möglich stillzulegen». Über den *Zeitpunkt* des Ausstieges bestanden also bei den Befragten gewisse Unsicherheiten, während die anderen der genannten Aspekte auch im Initiativtext vorkommen. Mehr als ein Drittel erwartete, dass die Annahme der Initiative zu einem sofortigen Ausstieg führe.

### 2.1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

47% der Stimmenden nahmen am 23. September die Ausstiegsinitiative an, 53% lehnten sie ab. Anlässlich der Nachbefragung waren es je 50% bei den Urnengängern (siehe *Tabelle*

2.2). Die 2%, die leer einlegten, bleiben dabei unberücksichtigt. Untersucht man die einzelnen Gruppen von Stimmenden, ergeben sich folgende Unterschiede:

Bei den gesellschaftlichen Merkmalen polarisierten besonders des Alters, die berufliche Stellung und die Eigentumsverhältnisse. Relativ ausgeglichen zeigte sich das Stimmverhalten der Befragten in Bezug auf die Bildung und die Siedlungsart. Verglichen mit anderen Merkmalen scheint der Unterschied beim Geschlecht von 15% nicht so bedeutend. Im langjährigen Vergleich ist aber eine solche Differenz im *Stimmverhalten* zwischen Männern und Frauen («gender-gap») bedeutend<sup>4</sup>.

Das Stimmverhalten in den verschiedenen Alterskategorien weist auf einen Generationenkonflikt hin. Die unter 40jährigen, und dabei besonders die unter 30jährigen, stimmten der Vorlage überdurchschnittlich zu, die über 40jährigen verwarfen sie mehrheitlich. Dabei fällt die geringe Zustimmung von 32% bei den zwischen 50 und 59 Jahre alten Personen auf. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass diese Altersgruppe im Gegensatz zu den Älteren noch voll im Erwerbsleben steht – wohl häufig in leitender Stellung – und sich somit stark mit den ablehnenden Parolen der Wirtschaftsverbände identifizieren konnte.

Die Kategorien der beruflichen Stellung zeigen eine verstärkte Zustimmung bei den Teilzeiterwerbstätigen und den in Ausbildung Stehenden, während besonders die Selbständigen, die leitenden Angestellten und die Landwirte stark ablehnten.

Als weitere polarisierende Dimension erweist sich das Wohnungseigentum. BesitzerInnen stimmten deutlicher Nein, MieterInnen / PächterInnen deutlicher Ja.

Mehr als 10% über dem Schnitt liegt der Ja-Anteil noch bei den Konfessionslosen, den weniger als 5 Jahre am selben Wohnort Ansässigen und den Romands.

Nach politischen Kriterien werden deutliche Unterschiede im Stimmverhalten ersichtlich (*Tabelle 2.3*). Die Abweichung vom Durchschnitt liegt bei allen Merkmalskategorien über 10 Prozent. Als eindeutigste BefürworterInnen der Ausstiegsinitiative erwiesen sich die AnhängerInnen der Grünen Partei, der SPS und der übrigen linken Parteien und die Befragten mit neuen, postmaterialistischen Werten. Umgekehrt zeigte sich die grösste Ablehnung bei der Anhängerschaft der FDP, den sich rechts Einstufenden und den Personen mit materialistischer Werthaltung.

Die Anhängerschaften der einzelnen Parteien befolgten mehrheitlich die entsprechenden Parolen.

Die Nichtstimmenden hätten die Vorlage mit 52% Ja-Stimmen angenommen. Trotz der relativ geringen Differenz wäre bei einer deutlich höheren Stimmbeteiligung der Ausgang dieser Abstimmung noch knapper gewesen.

Im Vergleich zum Stimmverhalten beim Urnengang über die Atominitiative von 1984 zeigen sich grosse Übereinstimmungen. Auch damals war der Ja-Anteil bei den Frauen, den Jungen, den WestschweizerInnen und den AnhängerInnen linker und grüner Parteien überdurchschnittlich gross. Deutlich höher als 1984 lag der Anteil der Ja-Stimmenden 1990 bei den SympathisantInnen der SVP<sup>4a</sup>.

4 C. Longchamp: «Das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich, 1971–1988», in: Nehmen Sie Platz, Madame, hrsg. von der EKF, Bern 1990.

4a VOX-Analyse Nr. 23, Zürich, Dezember 1984.

Tabelle 2.2: Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in Prozentpunkten
Total effektiv	47	
Total VOX	50 <sup>1</sup>	
Geschlecht: <sup>2</sup>		
Männer	43	— 7
Frauen	58	+ 8
Alter: <sup>2</sup>		
20–29jährige	64	+ 14
30–39jährige	57	+ 7
40–49jährige	49	— 1
50–59jährige	32	— 18
60–69jährige	47	— 3
70jährige und älter	44	— 6
Schulbildung:		
Obligatorische Schulen	47	— 3
Berufsschule u.ä.	51	+ 1
Gymnasium, Universität	52	+ 2
Berufliche Stellung:		
Vollerwerbstätige total	44	— 6
Selbständige, Leitende Angestellte	36	— 14
Landwirte	39	— 11
Angest. und BeamtInnen in mittl. Stellung	51	+ 1
Übrige Angestellte und BeamtInnen	54	+ 4
ArbeiterInnen	48	— 2
Nur Teilerwerbstätige	63	+ 13
Nicht-Erwerbstätige total <sup>3</sup>	52	+ 2
in Ausbildung	69	+ 19
im Haushalt tätig	56	+ 6
in Pension	47	— 3
Konfessionszugehörigkeit: <sup>2</sup>		
reformiert	47	— 3
katholisch	50	0
konfessionslos	69	+ 19
Eigentumsverhältnisse: <sup>2</sup>		
Hauseigentum	40	— 10
Miete / Pacht	58	+ 8
Ansässigkeit: <sup>3</sup>		
weniger als 5 Jahre am Ort	62	+ 12
mehr als 5 Jahre am Ort	47	— 3

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in Prozentpunkten
Sprachzugehörigkeit: <sup>3</sup>		
Deutsche Schweiz	47	— 3
Französische Schweiz	61	+ 11
Italienische Schweiz	53	+ 3
Siedlungsart:		
Grossstädtische Agglomerationen	56	+ 6
Mittel- / kleinstädtische Agglomerationen	49	— 1
Landgemeinden	46	— 4

- 1 Insgesamt gaben 49% an, Ja gestimmt zu haben, 49% Nein und 2% leer. Die Werte in der Tabelle beziehen sich auf die materiell Stimmenden.
- 2 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test).
- 3 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test).

*Tabelle 2.3: Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen*

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in Prozentpunkten
Total effektiv	47	
Total VOX	50	
Parteiidentifikation: <sup>1</sup>		
SVP	31	— 19
FDP / LPS	13	— 37
CVP	33	— 17
LdU / EVP	61	+ 11
GPS	90	+ 40
SPS	77	+ 27
(PdA)	78	+ 28
keine Parteibindung	50	0
Links/Rechts-Orientierung: <sup>1</sup>		
ganz links	93	+ 43
links	72	+ 22
mitte	32	— 18
rechts	24	— 26
ganz rechts	25	— 25
kann sich nicht entscheiden	71	+ 21
Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung: <sup>1</sup>		
rein materialistische Werte	26	— 24
gemischte Werte	39	— 11
rein nachmaterialistische Werte	74	+ 24

- 1 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test)
- 2 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test)

## 2.2 Entscheidungsmotive

Mehr als die Hälfte der Personen, die ein Ja zur Ausstiegsinitiative einlegten, nannte die mangelnde Sicherheit von Atomkraftwerken als Hauptgrund, während rund ein Drittel auf das ungelöste Abfallproblem verwies. Nur eine untergeordnete Rolle spielten die im Abstimmungskampf häufig verwendeten Argumente zu Tschernobyl und zum Umweltschutz im allgemeinen.

Tabelle 2.4: Entscheidungsmotive von Ja-Stimmenden «Ausstieg»

Wahrnehmungen der Vorlage	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
AKW sind unsicher, gefährlich / mehr Sicherheit ohne AKW	142	53 %
Das Abfallproblem ist nicht gelöst	79	30 %
... damit mehr nach Alternativenergien geforscht wird	40	15 %
Tschernobyl	19	7 %
Aus Umweltschutzgründen	19	7 %
Wir haben genügend Strom / Energie	16	6 %
Andere Pro-Motive	54	20 %

1 Zweifachnennungen möglich. N = 267 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 10 Befragte).

Die drei von den GegnerInnen des Ausstieges am häufigsten genannten drei Motive kreisen alle um den Mangel an (Atom-)Strom, der bei einem Ausstieg erwartet wurde. Während bei der Atominitiative von 1984 ein Hauptslogan der GegnerInnen «ohne Strom kein Lohn» lautete, nannten diesmal lediglich 2% der Antwortenden die Angst vor Arbeitsplatzverlusten. Angesichts des herrschenden Arbeitskräftemangels erstaunt dies jedoch nicht. Fast ebensowenige Personen erwähnten zu erwartende wirtschaftliche Nachteile oder die Unausgereiftheit der Alternativenergien.

Auf beiden Seiten dominierte bei der Stimmabgabe der Wunsch nach Sicherheit. Die Mehrzahl der Ja-Stimmenden wollte Sicherheit bei der Energieproduktion (d.h. keine Atomunfälle und schwer zu lagernde Abfälle), die Mehrzahl der Nein-Stimmenden hingegen wollte eine sichere Energieversorgung (d.h. jederzeit genügend Strom aus der Steckdose).

Tabelle 2.5: Entscheidungsmotive von Nein-Stimmenden «Ausstieg»

Wahrnehmungen der Vorlage	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Wir haben zuwenig Strom / Energie	86	32 %
Wir haben keine Alternative zum Strom aus AKW	62	23 %
Bei einem Ausstieg ist die Energieversorgung nicht mehr gewährleistet	40	15 %
Die Initiative geht zu weit / ist zu extrem	35	13 %
Ein Ausstieg macht uns vom Ausland abhängiger	34	13 %
Wirtschaftliche Nachteile eines Ausstiegs	18	7 %
Alternativenergien sind noch zuwenig entwickelt	9	3 %
Ein Ausstieg kostet Arbeitsplätze	4	2 %
Andere Contra-Motive	56	21 %

1 Zweifachnennungen möglich. N = 265 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 13 Befragte).



### 3) Die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» (Moratorium)

Die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» verlangte, dass nach einer Annahme zehn Jahre lang keine Bewilligungen für neue Anlagen zur Produktion von Atomenergie erteilt werden dürfen. Das Initiativkomitee bezeichnete die Vorlage als moderate Forderung zu einer Denkpause und als Impuls für eine neue, ökologische Energieversorgung, basierend auf Alternativenenergien. Für den Bundesrat war das Moratorium ein Schritt Richtung Ausstieg.

Tabelle 3.1: Inhaltliche Beschreibung der Vorlage «Moratorium»

Teilaspekt der Vorlage	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
10jähriger Bau- und Planungsstopp für AKW	371	47 %
Bis ins Jahr 2000 keine AKW mehr bauen	160	20 %
Keine neuen AKW mehr bauen	144	18 %
Denkpause	67	8 %
Ausstieg aus der Atomenergie (in den nächsten 10 Jahren)	49	6 %
Förderung von Alternativenenergien	44	6 %
(10 Jahre) keine neuen Bauten (Häuser, Strassen) mehr	33	4 %
10 Jahre alles so lassen, wie es jetzt ist	18	2 %
Andere Inhalte	8	1 %

1 Zweifachnennungen möglich. N = 795 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 210 Befragte).

Fast die Hälfte aller Antwortenden nannte den vollständigen Inhalt der Moratoriums-Initiative, einen 10jährigen *Bau- und Planungsstopp* für AKW (Tabelle 3.1). Im Initiativtext *nicht* genannt sind hingegen der Atomausstieg, die Förderung von Alternativenenergien und ein 10jähriger Baustopp für Häuser und Strassen.

#### 3.1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

Während effektiv nur eine 55%-Mehrheit dem Moratorium zustimmte, wollen 64% der befragten Stimmenden diese Initiative angenommen haben. Trotz dieser grossen Differenz lassen die Antworten gültige Rückschlüsse auf das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen zu (vgl. Kapitel 7).

Die Abweichungen vom Stimmverhalten der verschiedenen Merkmalsgruppen bei der Moratoriumsinitiative zeigen im wesentlichen die gleichen Tendenzen wie bei der Ausstiegsinitiative. Auch hier gibt es grosse Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Alters- und Berufsgruppen sowie Mietern und Eigentümern. Wieder sind die Frauen, die Jungen, die MieterInnen und die SchülerInnen bzw. Studierenden die überzeugtesten BefürworterInnen.

Tabelle 3.2: Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen «Moratorium»

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in % <sup>1</sup>
Total effektiv	55	
Total VOX	64	
Geschlecht: <sup>2</sup>		
Männer	58	— 6
Frauen	71	+ 7
Alter: <sup>2</sup>		
20–29jährige	79	+ 15
30–39jährige	73	+ 9
40–49jährige	62	— 2
50–59jährige	55	— 9
60–69jährige	57	— 7
70jährige und älter	51	— 13
Schulbildung:		
Obligatorische Schulen	56	— 8
Berufsschule u.ä.	66	+ 2
Gymnasium, Universität	67	+ 3
Berufliche Stellung:		
Vollerwerbstätige total	64	0
Selbständige, Leitende Angestellte	54	— 10
Landwirte	50	— 14
Angest. und BeamtInnen in mittl. Stellung	69	+ 5
Übrige Angestellte und BeamtInnen	71	+ 7
ArbeiterInnen	63	— 1
Nur Teilerwerbstätige	71	+ 7
Nicht-Erwerbstätige total <sup>3</sup>	62	— 2
in Ausbildung	83	+ 19
im Haushalt tätig	66	+ 2
in Pension	57	— 7
Konfessionszugehörigkeit: <sup>3</sup>		
reformiert	63	— 1
katholisch	63	— 1
konfessionslos	82	+ 18
Eigentumsverhältnisse: <sup>2</sup>		
Hauseigentum	50	— 14
Miete / Pacht	74	+ 10
Ansässigkeit: <sup>3</sup>		
weniger als 5 Jahre am Ort	78	+ 14
mehr als 5 Jahre am Ort	61	— 3

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durchschnittlichen Ja-Anteil in Prozentpunkten
Sprachzugehörigkeit: <sup>3</sup>		
Deutsche Schweiz	61	— 3
Französische Schweiz	71	+ 7
Italienische Schweiz	88	+ 24
Siedlungsart: <sup>2</sup>		
Grossstädtische Agglomerationen	75	+ 11
Mittel- / kleinstädtische Agglomerationen	64	0
Landgemeinden	54	— 10

- 1 Insgesamt gaben 63% an, Ja gestimmt zu haben, 35% Nein und 3% leer. Die Werte in der Tabelle beziehen sich auf die materiell Stimmenden.
- 2 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test).
- 3 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test).

Die meisten GegnerInnen finden sich wiederum bei den Männern, den älteren Befragten (diesmal besonders die 70–84jährigen), den Selbständigen und leitenden Angestellten (und der kleinen Gruppe der Landwirte) sowie den HauseigentümerInnen. Gewichtiger als beim Ausstieg sind die Unterschiede nach Siedlungsart: Personen aus grossstädtischen Agglomerationen stimmten eher dafür, solche vom Land eher dagegen.

Auch in *Tabelle 3.3* zeigen sich auf allen Dimensionen deutliche Unterschiede im Stimmverhalten. Auf der Seite der Ja-Stimmenden befinden sich am ausgeprägtesten die ganz links Politisierenden, die AnhängerInnen linker und grüner Parteien und die PostmaterialistInnen. Auf der Nein-Seite hingegen sind die ganz Rechten, die FDP-Anhängerschaft und die MaterialistInnen.

Wiederum haben sich Mehrheiten der Parteienhängerschaften an die jeweiligen Parolen gehalten. Es fällt jedoch auf, dass 48% der SympathisantInnen der CVP und 44% jener der SVP Ja gestimmt haben.

Volle 78% der Nichtstimmenden hätten dem Moratorium zugestimmt, eine Differenz von 14% zu den befragten UrnengängerInnen.

### 3.2 Entscheidungsmotive

Die Themen 'Sicherheit der AKW' und 'Entsorgung der radioaktiven Abfälle' waren auch bei dieser Vorlage für einen Drittel der Ja-Stimmenden wichtige Gründe (siehe *Tabelle 3.4*). Noch häufiger wurden zwei einander sehr ähnliche Motive genannt, die beide eine Intensivierung der Forschungsanstrengungen nach alternativen Energiequellen fordern. Taktisch argumentierten 4 Prozent der BefürworterInnen: bei einer Ablehnung der Ausstiegsinitiative sei das Moratorium wenigstens ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Die Motive

*Tabelle 3.3: Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen «Moratorium»*

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in %
Total effektiv	55	
Total VOX	64	
Parteiidentifikation: <sup>1</sup>		
SVP	44	— 20
FDP / LPS	27	— 37
CVP	48	— 16
LdU / EVP	71	+ 7
GPS	91	+ 27
SPS	86	+ 22
PdA	96	+ 32
keine Parteibindung	67	+ 3
Links/Rechts-Orientierung <sup>1</sup>		
ganz links	100	+ 36
links	84	+ 20
mitte	49	— 15
rechts	43	— 21
ganz rechts	17	— 47
kann sich nicht entscheiden	82	+ 18
Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung <sup>1</sup>		
rein materialistische Werte	36	— 28
gemischte Werte	56	— 8
rein nachmaterialistische Werte	85	+ 21

1 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test)

2 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test)

*Tabelle 3.4: Entscheidungsmotive von Ja-Stimmenden «Moratorium»*

	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Ant- wortenden
Baustopp gibt 10 Jahre Zeit, um nach Alternativ- energien zu forschen	76	23 %
Damit mehr nach Alternativenenergien geforscht wird	74	22 %
AKW sind unsicher, gefährlich / mehr Sicherheit ohne AKW	69	21 %
Das Abfallproblem ist nicht gelöst	40	12 %
Baustopp gibt 10 Jahre Zeit, um die AKW sicherer zu machen	22	7 %
Wir haben genügend Strom / Energie	21	6 %
Damit vermehrt Energie gespart wird	15	4 %
Aus Umweltschutzgründen	13	4 %
Wenn die Ausstiegs-Initiative abgelehnt wird, wird wenigstens die Moratoriums-Initiative angenommen	12	4 %
Tschernobyl	7	2 %
Andere Pro-Motive	52	15 %

1 Zweifachnennungen möglich. N = 336 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 19 Befragte).

‘Umweltschutz’ und ‘Tschernobyl’ sind auch hier mit 4 Prozent beziehungsweise 2 Prozent der Nennungen am Schluss anzutreffen.

*Tabelle 3.5: Entscheidungsmotive von Nein-Stimmenden «Moratorium»*

	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Wir haben zuwenig Strom / Energie	54	29 %
Wir haben keine Alternative zu Strom aus AKWs	32	17 %
Die Moratoriums-Initiative bringt einen Teilausstieg	9	5 %
Ein Moratorium macht uns vom Ausland abhängiger	9	5 %
Wir verlieren gute Fachkräfte ans Ausland	5	3 %
Atomenergie ist sauberer als Öl, Kohle, Gas	2	1 %
Andere Contra-Motive	90	49 %

1 Zweifachnennungen möglich. N = 184 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 16 Befragte).

GegnerInnen der Moratoriumsinitiative argumentierten sehr ähnlich wie beim Atomausstieg (*Tabelle 3.5*). Vor allem die Angst vor einem Strommangel bewegte sie. Überzeugte Atomenergie-BefürworterInnen («Atomenergie ist sauberer») sind lediglich 1% aller Nein-Stimmenden. Im übrigen wurden die Befragten, die der Initiative ablehnend gegenüberstanden, von einer Vielzahl von Nein-Motiven geleitet, welche nicht zu klaren Gruppen zusammengefasst werden können.

Beide Seiten argumentierten grundsätzlich ähnlich wie bei der Ausstiegsinitiative. Den Ausschlag zur Annahme gaben offenbar jene Personen, die auf die Entwicklung einer Alternative zum Atomstrom in einer 10jährigen Denkpause hofften. Die grössten Erwartungen setzen sie in erneuerbare Energieformen und umweltfreundliche Technologien.

## 4) Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative im Vergleich

### 4.1 Das Stimmverhalten

266 der befragten Teilnehmer gaben an, zweimal Ja zu den Atominitiativen gestimmt zu haben; 191 zweimal Nein, und 83 Personen sagten zwar Nein zum Ausstieg, aber Ja zum Moratorium. 9 Personen wollten Ja zum Ausstieg und Nein zum Moratorium gestimmt haben; diese Gruppe wird wegen der geringen Fallzahl nicht weiter untersucht.

Bei nahezu allen Merkmalsgruppen finden wir eine höhere Unterstützung für die von einem separaten Komitee lancierte Moratoriumsinitiative. Es verfiel also nicht bei allen Befragten, beide Initiativen in ihren Auswirkungen als gleich zu bezeichnen – selbst für die homogenen Gruppen von GegnerInnen lässt sich ein differenziertes Stimmverhalten nachweisen.

Zum Vergleich: 1984 bei der Abstimmung über die Atom- und Energieinitiative erzielten beide Vorlagen ein nahezu identisches Resultat. Die Differenz zwischen den Ja-Anteilen betrug damals lediglich 0.8 Prozent<sup>5</sup>. Damals wurden die Initiativen offenbar als identisch beurteilt, obwohl sie doch ziemlich verschiedene Inhalte hatten.

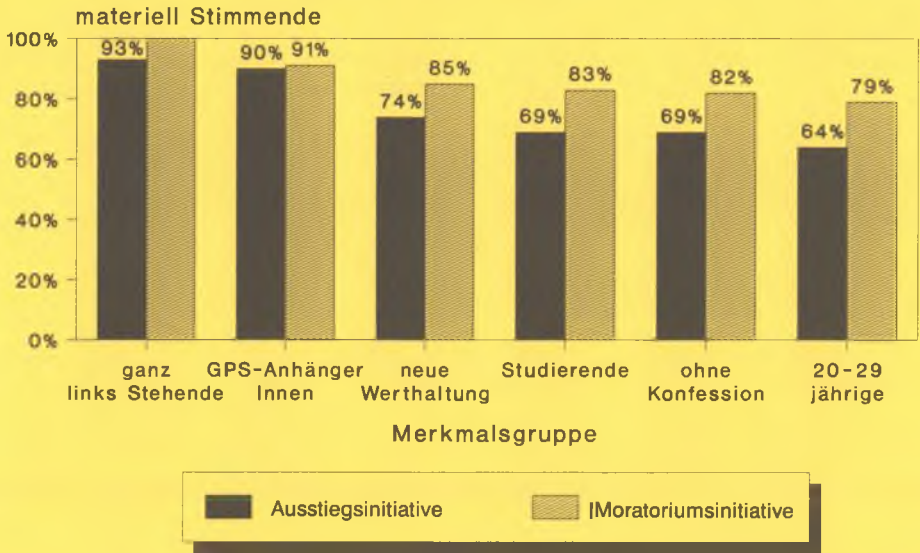
Welche Personen haben sich nun 1990 für ein Nein zur Ausstiegsinitiative und für ein Ja zum Moratorium entschieden? Total 83 Befragte gaben an, an die Urne gegangen zu sein und so abgestimmt zu haben. Vergleicht man diese Gruppe mit dem Rest, besteht er aus überdurchschnittlich vielen Männern und jüngeren Jahrgängen bis 40. Es finden sich dabei weniger Personen mit tiefem Bildungsabschluss; weniger, die sich links einstufen oder SP-AnhängerInnen sind, und gar keine, die mit der GPS sympathisieren. Übervertreten sind dagegen Befragte mit mittlerem und rechtem politischen Standort – aber ohne Sympathien für eine bestimmte Partei. Betrachtet man die Werthaltungen, überwiegen Befragte mit gemischten Werten. Vereinfacht ausgedrückt haben jüngere, parteimässig ungebundene Männer der rechten Mitte zur Annahme des Moratoriums beigetragen.

Ausschlaggebend für die Annahme des Moratoriums sind aus unserer Sicht insbesondere folgende Faktoren: Ein gestiegenes und wachsendes Umweltbewusstsein in bürgerlichen Kreisen. Dies wird in unserer Befragung am Beispiel der SVP-SympathisantInnen deutlich. 1984 hatten die der SVP nahestehenden Befragten sowohl die Atom- als auch die Energieinitiative klar abgelehnt. 1990 war die Ablehnung viel weniger ausgeprägt. Eine ähnliche Verschiebung hat sich ansatzweise auch in den übrigen bürgerlichen Parteien abgespielt. Von 1979 bis 1984 nahm die bürgerliche Unterstützung von Anti-Atom-Initiativen um rund 10 Prozent ab<sup>6</sup>; seither ist diese Unterstützung eher wieder im Wachsen begriffen. Ebenso wichtig, wenn nicht noch bedeutsamer ist der Umstand, dass insbesondere auch die Parteiungebundenen heute wesentlich kritischer zur Atomenergie eingestellt sind, als noch vor wenigen Jahren.

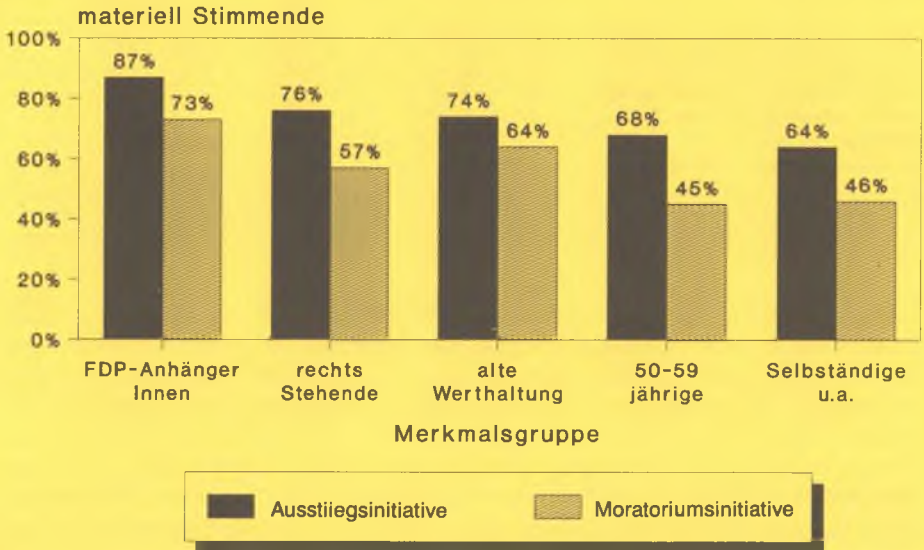
5 VOX-Analyse Nr. 23, Zürich, Dezember 1984.

6 VOX-Analyse Nr. 23, Zürich, Dezember 1984.

*Grafik 4.1: Ausstiegs- und Moratoriumsinitiativen  
Merkmalsgruppen mit überdurchschnittlich hohem Ja-Anteil*



*Grafik 4.2: Ausstiegs- und Moratoriumsinitiativen  
Merkmalsgruppen mit überdurchschnittlich hohem Nein-Anteil*



## 4.2 Argumente zur Atomenergie

Tabelle 4.1: Bewertung von Pro-Argumenten zur Atomenergie  
(Zeilenprozentuierung)

		einverstanden	nicht einverstanden	keine Angabe
«Die Baustopp-Initiative ist ein erster Schritt zum Ausstieg aus der Kernenergie.»	I	66	22	12
	II	85	10	5
	III	57	41	2
	IV	55	39	6
«Ein Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie würde uns in eine grössere Abhängigkeit vom Ausland treiben. Wir müssten zusätzlich Strom importieren.»	I	50	38	12
	II	20	69	11
	III	67	25	8
	IV	90	7	3
«Angesichts des steigenden Energieverbrauchs sind wir auch inskünftig auf die Atomenergie angewiesen.»	I	46	46	8
	II	14	81	5
	III	60	34	6
	IV	88	11	1
«Das Kernenergie-Moratorium engt die Handlungsfreiheit in der Energiepolitik ein.»	I	44	44	12
	II	30	57	13
	III	31	59	10
	IV	68	21	11
«Die wirtschaftlichen Folgen eines Ausstiegs aus der Atomenergie wären untragbar.»	I	36	51	13
	II	12	82	6
	III	52	37	11
	IV	77	18	5
«Ein 10jähriger Bau- und Bewilligungsstopp erschwert den Anschluss an die internationalen Entwicklungen im Bereich der Kernenergie.»	I	35	52	13
	II	22	71	7
	III	31	64	5
	IV	67	26	8

1 Für alle folgenden Tabellen in diesem Kapitel gibt es drei Gruppen von materiell Stimmenden. Die erste nahm sowohl den Ausstieg als auch das Moratorium an (II), die zweite stimmte nur dem Moratorium zu und lehnte den Ausstieg ab (III), die dritte verwarf beide Vorlagen (IV). Alle Angaben in Prozent. I = Total Befragte

Insgesamt haben wir neben dem Total aller Stimmberechtigten drei Gruppen in ihrer Haltung zu verschiedenen vorgegebenen Argumenten untersucht (Tabelle 4.1). Die eindeutigen AtomgegnerInnen (zweimal Ja-Stimmende) und die eindeutigen AtombefürworterInnen (zweimal Nein) zeigten erwartungsgemäss immer die ausgeprägtesten Antwortverteilungen.

Von den Argumenten, die gegen beide Atominitiativen ins Feld geführt wurden, konnte nur eines eine Mehrheit der Stimmberechtigten überzeugen: bei einer Annahme des Ausstiegs wurde eine vermehrte Abhängigkeit der Schweiz von Stromimporten erwartet. Ein Patt er-



gab sich bei der Frage, ob auf Atomenergie verzichtet werden könne<sup>7</sup>. Alle anderen Pro-Atom-Argumente wurden von einer (manchmal knappen) Mehrheit der Stimmberechtigten abgelehnt und nur von den zweimal Nein-Stimmenden unterstützt.

Immerhin erwarteten 20 Prozent der Ausstiegs-BefürworterInnen, dass die Annahme der Ausstiegsinitiative zu einer grösseren Abhängigkeit der Schweiz von Stromimporten führen würde. Und 30 Prozent bei beiden Gruppen, die das Moratorium wollten, glaubten, dass so der energiepolitische Handlungsspielraum eingeschränkt werde.

Interessant ist die Bewertung der Aussage, das Moratorium sei der erste Schritt zum Ausstieg. Im Abstimmungskampf wurde es eher von den InitiativgegnerInnen verwendet. Nach der Abstimmung waren Mehrheiten in allen untersuchten Gruppen dieser Meinung – bei den BefürworterInnen beider Vorlagen war diese Mehrheit noch wesentlich ausgeprägter.

Wie unterscheidet sich das mittlere Lager – das ein Moratorium wünscht, aber den Ausstieg ablehnt – in seinen Meinungen von den beiden anderen Gruppen? Jeweils kleiner werdende Mehrheiten sind davon überzeugt, dass uns ein Ausstieg vom Ausland abhängig mache, wir weiterhin auf die Atomenergie angewiesen seien und die wirtschaftlichen Folgen eines Ausstiegs untragbar wären. Darum ist die mittlere Gruppe gegen die Ausstiegsinitiative eingestellt; es zeigt bei diesen Argumenten eine Antwortverteilung, die sehr nahe bei jener der eindeutigen AtombefürworterInnen liegt. Die Mittelgruppe ist wie die eindeutigen AtomgegnerInnen nicht der Meinung, dass damit der internationale Anschluss verpasst oder die energiepolitische Handlungsfreiheit verkleinert würde. Das «differenziert» stimmende Lager erwartete also mehrheitlich, dass mit dem Moratorium nichts zu verlieren sei; der definitive Abschied von der Atomenergie wäre ihm aber zu riskant.

Alle vorgelegten Argumente, die für die Atominitiativen sprechen, wurden von einer Mehrheit der Stimmberechtigten bejaht (*Tabelle 4.2*). Mindestens drei Viertel aller Befragten glaubten, dass Alternativenenergien wirtschaftlich seien, die radioaktiven Abfälle nicht sicher beseitigt werden könnten und dass zuviel Strom verschwendet werde. Diese drei Argumente fanden auch Mehrheiten bei den GegnerInnen beider Initiativen.

Bei den restlichen Aussagen entsprachen die Einstellungen dem Abstimmungsverhalten: die zweimal Ja-Stimmenden pflichteten den Anti-Atom-Argumenten zu, die zweimal Nein-Stimmenden lehnten sie ab. Immerhin glaubte mehr als ein Fünftel der InitiativgegnerInnen, dass der Ausstieg in 20–25 Jahren machbar sei, und fast ein Drittel, dass die Nutzung der Atomenergie heute zu gefährlich sei.

Eine knappe Mehrheit der Mittelgruppe, welche dem Moratorium an der Urne zur Annahme verholfen hat, glaubt nicht, dass der Ausstieg machbar sei. Damit ist sie näher beim Zweimal-Nein-Lager. Dass aber bei dieser Gruppe 45 Prozent den totalen Verzicht auf (inländische) AKW *innert 25 Jahren* für machbar halten und trotzdem Nein zum Ausstieg stimmen, ist ein weiterer Hinweis dafür, dass viele Personen bei einer Annahme der

7 Die Frage wurde auch etwas anders – ohne die erwähnte Annahme eines steigenden Energieverbrauchs – gestellt. Dabei entschieden sich 51% der Stimmberechtigten für die Aussage «Wir sind nicht auf Atomkraftwerke angewiesen. Der Strom kann auch anders produziert werden.» 31% hingegen meinten «Wir sind auf Atomkraftwerke angewiesen. Es gibt dafür keinen wirklichen Ersatz.» 18% konnten sich nicht entscheiden.

*Tabelle 4.2: Bewertung von Contra-Argumenten zur Atomenergie  
(Spaltenprozentuierung)*

		einverstanden	nicht einverstanden	keine Angabe
«Es wird heute zuviel Strom verschwendet. Wir brauchen jetzt verstärkte Anstrengungen, um Strom zu sparen.»	I	92	7	1
	II	96	3	1
	III	93	7	0
	IV	88	10	2
«Die radioaktiven Abfälle können nicht sicher beseitigt werden.»	I	75	17	8
	II	88	7	5
	III	73	22	5
	IV	54	38	8
«Solarenergie und andere erneuerbare Energien sind technisch so ausgereift, dass sie wirtschaftlich genutzt werden können. Zusätzliche Forschungsgelder für erneuerbare Energien werden diese Entwicklung noch beschleunigen.»	I	74	19	7
	II	90	8	2
	III	79	19	2
	IV	57	39	4
«Die Atomenergienutzung ist nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik zu gefährlich. Wir brauchen eine Denkpause.»	I	67	27	6
	II	93	5	2
	III	64	34	2
	IV	31	68	1
«Der Ausstieg aus der Atomenergie ist in der Schweiz in den nächsten 20–25 Jahren machbar.»	I	59	30	11
	II	87	8	5
	III	45	51	4
	IV	22	67	11
«Weitere Kernkraftwerke sind nicht nötig. Die Schweiz produziert ja selber zuviel Strom, den wir dann ins Ausland exportieren müssen.»	I	50	36	14
	II	70	15	14
	III	49	31	19
	IV	20	71	9

Initiative mit einem sehr raschen Ausstieg rechneten. Das Pro-Komitee hat es verpasst, mit einer Angabe des Zeitpunktes für den Ausstieg im Initiativtext einen Teil des mittleren Lagers auch bei dieser Abstimmung für sich zu gewinnen. Umgekehrt gelang es den GegnerInnen nicht, die Mittelgruppe davon zu überzeugen, dass das Moratorium zu gleichen Auswirkungen wie der Ausstieg führe. Bei allen anderen Contra-Argumenten ist die Mittelgruppe näher bei den zweimal Ja-Stimmenden.

Interessant ist der Vergleich mit einer Studie, die im Vorfeld der Abstimmung erstellt wurde<sup>8</sup>. Sie basiert u.a. auf einer im Juni 89 bei 1066 Stimmberechtigten durchgeführten Befragung. Bei den vergleichbaren Anti-AKW-Argumenten zeigen sich ähnliche Akzep-

8 C. Longchamp: Schlussfolgerungen aus dem Projekt 'Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Kernkraftwerken', FSP, Bern 1990.

tanzwerte: 1989 stimmten 79 Prozent der Befragten mit der Meinung überein, dass die Entsorgung der radioaktiven Abfälle ein Problem sei, 1990 waren es 76 Prozent. In identischer Reihenfolge überzeugten bei beiden Untersuchungen die Anti-Atom-Themen «Sicherheit der AKW» und «Machbarkeit des Ausstieges»: 61 Prozent 1989 und 68 Prozent 1990 hielten die Atomenergie für zu gefährlich. 45 Prozent 1989 und 59 Prozent 1990 glaubten, dass ein Atom-Ausstieg machbar sei. Die Polarisierung im Vorfeld der Abstimmung hat also eher zu einer verstärkten Unterstützung der Anti-AKW-Argumente geführt, insbesondere bei der Frage der Machbarkeit eines Ausstieges. Dass aber Einstellungen nicht dasselbe sind wie (Abstimmungs-)Verhalten, zeigt sich gerade am Beispiel der Einstellungen zur Machbarkeit des Ausstieges.

Insgesamt zeigt sich bei den *Einstellungen* der Schweizerinnen und Schweizer eine etwas atomkritischere Haltung als bei ihrem *Abstimmungs-Verhalten*.

### 4.3 Ausgewählte Grundhaltungen zur Atomenergie und zur Energiepolitik

Tabelle 4.3: *Einstellungen zu Atomkraftwerken*

	Total	Ja/Ja	Befragte Nein/Ja	Nein/Nein
Man kann ohne weiteres noch einige AKW bauen	3	1	1	8
Wenn nötig, kann man noch ein weiteres AKW bauen	24	3	23	69
Man sollte keine weiteren AKW bauen	41	42	62	19
Man sollte keine weiteren AKW bauen und alle bereits bestehenden stilllegen	26	51	10	1
Keine Angabe	6	3	4	3

Neben der Frage nach dem Entscheid an der Urne wurden den Befragten auch vier grundsätzliche Meinungen zu Atomkraftwerken in der Schweiz vorgelegt (Tabelle 4.3). Dabei ergab sich ein differenzierteres Bild als beim reinen Ja/Nein-Entscheid zu den zwei Initiativen. Von den BefürworterInnen der Option Atomenergie will nur eine verschwindende Minderheit einen bedenkenlosen Ausbau dieser Energieform. Und immerhin ein Fünftel wäre eigentlich gegen den Bau von weiteren Atomkraftwerken! Auf der anderen Seite entscheidet sich nur die Hälfte der BefürworterInnen der Ausstiegsinitiative explizit für das Szenario des Ausstieges. Die Mittelgruppe zeigt erwartungsgemäss eine deutliche Präferenz für das Moratorium, alle anderen Möglichkeiten finden weit weniger Zustimmung. Insgesamt spricht sich eine Zweidrittelsmehrheit der Stimmberechtigten (also auch jener Leute, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben) gegen den Bau von weiteren AKWs aus, während ein Ausstieg nur von einer Minderheit (26%) unterstützt wird. Der

Abstimmungsausgang entspricht also nicht einem Zufallsresultat, sondern spiegelt die noch eindeutigeren Überzeugungen der Schweizer und Schweizerinnen wider.

*Grafik 4.3* zeigt die Antworten auf diese Frage im Zeitverlauf. Schon 1984 sprach sich eine knappe Mehrheit gegen den Bau weiterer AKWs aus. Bei der Wiederholung der Frage 1989 – schon in einem deutlichen Abstand von der Katastrophe in Tschernobyl – waren die AtombefürworterInnen deutlich geschrumpft und umfassten nicht einmal mehr einen Viertel der befragten Personen. Im September 90 haben die Energieabstimmungen zu einer verstärkten Polarisierung geführt: Die Gruppe «man sollte keine weiteren AKW bauen» nahm ab, während alle anderen Meinungen zulegten – sowohl die «harten» und «weichen» Kernenergie-BefürworterInnen als auch die Kernenergie-GegnerInnen.

Die Abschwächung des Tschernobyl-Effektes zeigt sich noch deutlicher in *Grafik 4.4* anhand der allgemeineren Frage nach den Risiken der Atomenergie. 1986<sup>9</sup>, gerade nach Tschernobyl, hielten sie noch 25 Prozent für tragbar, 61 Prozent waren vom Gegenteil überzeugt. Von 1986 bis 1990<sup>10</sup> erhöhte sich der Anteil der Ersteren auf 32 Prozent, dagegen hielten nur noch 54 Prozent die Risiken der Atomenergie für nicht tragbar – ein Meinungsumschwung von 7 Prozent.

*Tabelle 4.4: Zukünftige Energiesituation in der Schweiz*

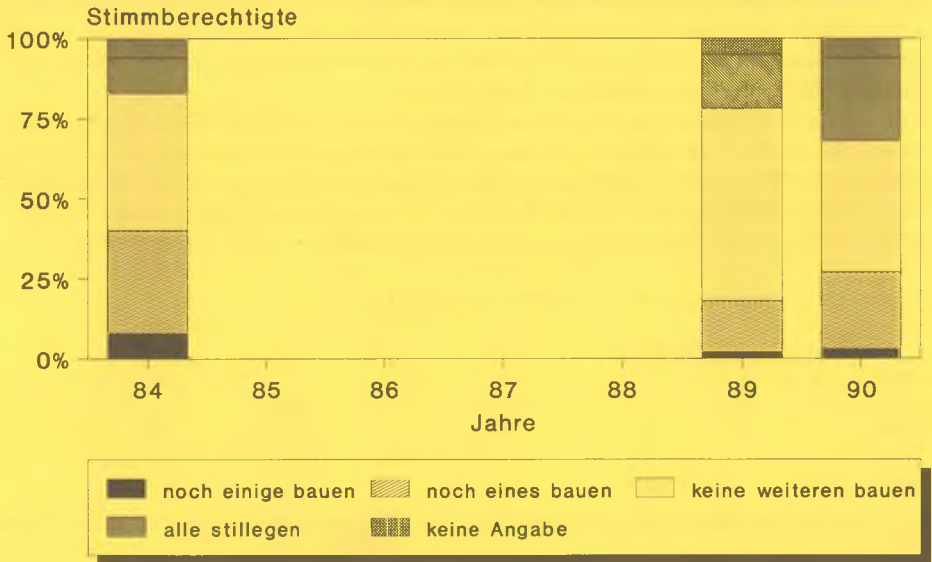
	Total Befragte	Ja/Ja	Stimmende Nein/Ja	Nein/Nein
Wir sollten ...				
... Energie sparen und gleichzeitig herkömmliche Energiequellen wie Wasser, Gas, Kohle und Erdöl nutzen	18	12	16	24
... Energie sparen, keine neuen Kraftwerke bauen und intensiv nach neuen Energiequellen wie Erdwärme, Sonnenenergie und Wind forschen	60	81	65	35
... Energie sparen und vor allem Kernenergie produzieren, um vom Erdöl weniger abhängig zu werden	10	1	11	25
Keine Angabe	12	6	8	17

Bei der Frage nach der zukünftigen Energiesituation (*Tabelle 4.4*) wurden drei mögliche Szenarien vorgeschlagen. Auch hier zeigt sich der deutliche Wunsch nach dem vermehrten Einsatz der alternativen Energie. Sogar die GegnerInnen der Initiativen sprechen sich zuerst für Energiesparen, Forschung nach neuen Energieformen und den Verzicht auf neue Kraftwerke aller Art aus – vor der erhöhten Produktion von Atomstrom. Trotzdem sind sie alternativen Energien gegenüber am skeptischsten, denn auch der Anteil jener, die das

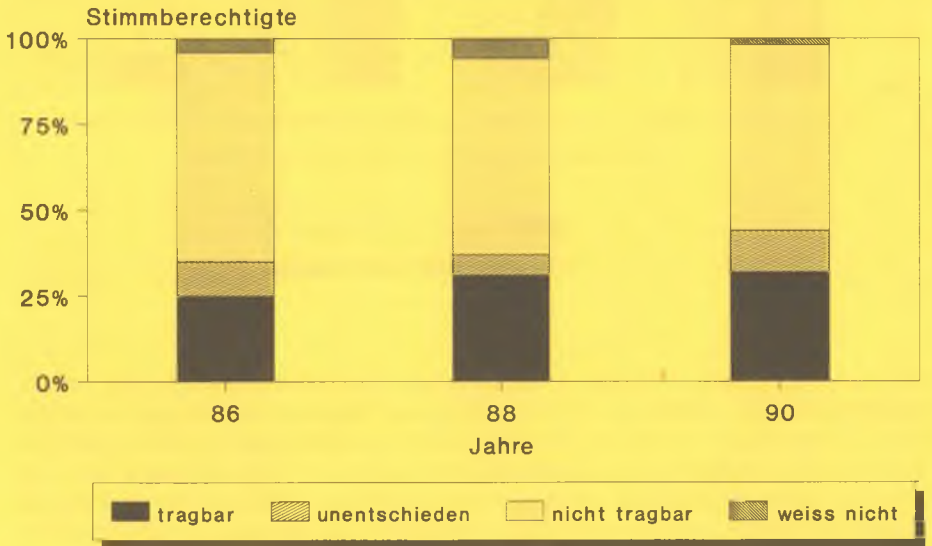
9 Univox-Umfrage zum Thema «Umwelt», GfS und IDHEAP Zürich 1986.

10 Univox-Umfrage zum Thema «Umwelt», GfS und IDHEAP Zürich 1988.

Grafik 4.3: Einstellungen zu Atomkraftwerken – Trends in den 80er Jahren



Grafik 4.4: Risiken der Atomenergie – Trends in den 80er Jahren

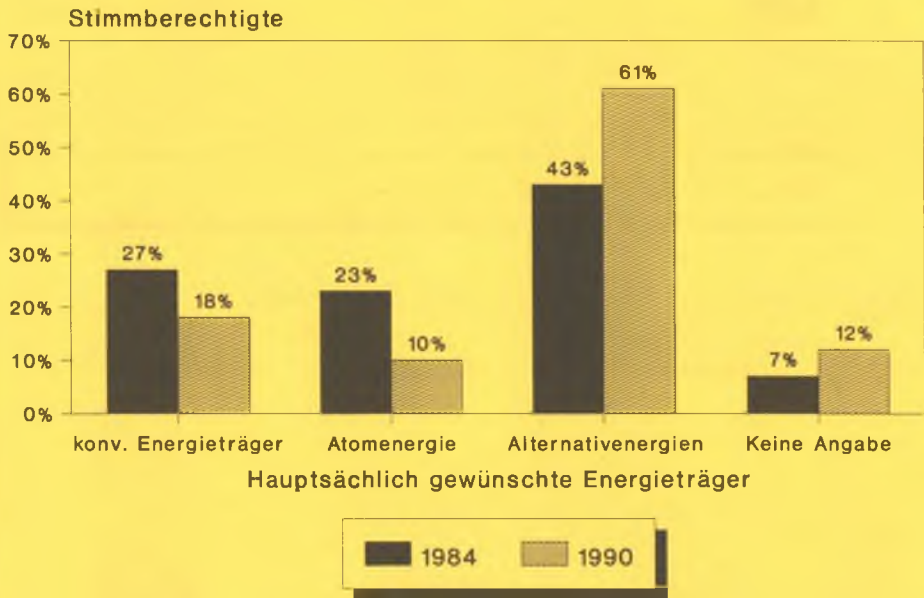


VOX-Analyse, 23. September 1990  
 Quellen: Univox (1986), (1988)

konventionelle Energieszenario unterstützen, liegt bei ihnen am höchsten. Auffallend ist der überdurchschnittliche Anteil der Unentschiedenen unter den (harten) AtombefürworterInnen. Die Antwortverteilung bei der mittleren Gruppe entspricht ziemlich genau dem Durchschnitt aller Befragten. Offenbar sind es diese Personen, welche die gegenwärtigen Präferenzen am genauesten ausdrücken.

Drei (nahezu) identisch formulierte Energieszenarien legte 1984 die VOX-Analyse zur Atominitiative den Befragten vor. In den dazwischenliegenden sechs Jahren verloren sowohl das konventionelle als auch das atomare Szenario an Gewicht. Zu einer deutlichen absoluten Mehrheit angewachsen sind jene, die generell gegen neue Kraftwerke und für die intensive Forschung nach neuen alternativen Energiequellen eintreten (Grafik 4.5).

Grafik 4.5: Energieszenarien – Trends in den 80er Jahren



Kein klares Bild ergibt sich bei der Frage nach dem Zusammenhang von Treibhauseffekt und Energiepolitik (Tabelle 4.5). Über 50 Prozent der Stimmberechtigten äussern explizit ihre Unsicherheit oder antworten gar nicht; entscheidungsfreudiger als andere sind jene Personen, die mindestens die Ausstiegsinitiative ablehnten. Von denjenigen, die eine Meinung haben, sprechen sich etwas mehr als die üblichen Zufallsprozente auch für die Nutzung der Kernenergie aus. Der «harte» Atomkurs hingegen wird auch nur von einer Minderheit der AtombefürworterInnen verlangt. Am eindeutigsten für die Nutzung der Atomenergie und das gleichzeitige Energiesparen plädiert die mittlere Gruppe (Ja zum Moratorium, Nein zum Ausstieg).

*Tabelle 4.5: Energiepolitik und Treibhauseffekt*

	Total Befragte	Stimmende Ja/Ja in %	Nein/Ja in %	Nein/Nein in %
«Nur ein Ausstieg aus der Atomenergie und damit eine konsequente Energiesparpolitik tragen zur Reduktion des Treibhauseffektes bei.»	17	37	13	3
«Ein Ausstieg aus der Atomenergie würde der Umwelt schaden. AKWs erzeugen kein Kohlendioxid und ermöglichen darum eine Reduktion des Treibhauseffektes.»	8	3	8	24
«Zur Reduktion des Treibhauseffektes braucht es beides: eine konsequente Energiesparpolitik und die Nutzung der Kernenergie.»	22	10	43	37
«Zu diesem Thema hört man viele widersprüchliche Expertenmeinungen. Leute wie ich kommen da nicht mehr nach.»	36	32	25	28
Keine Angabe	17	18	10	8

*Tabelle 4.6: Endlager für atomare Abfälle*

	Total Befragte	Stimmende Ja/Ja in %	Nein/Ja in %	Nein/Nein in %
«Die nötigen Endlager sollen auf jeden Fall in der Schweiz gebaut werden.»	31	34	30	38
«Falls geeignete Standorte gefunden werden, sollen Endlager in der Schweiz gebaut werden.»	35	28	43	49
«Solche Endlager sollen in der Schweiz nicht gebaut werden.»	19	22	16	7
Keine Angabe	15	16	11	6

Keine allzu grossen Meinungsdivergenzen sind zwischen den drei Gruppen bei der Frage der Errichtung von Endlagern für atomare Abfälle auszumachen (siehe *Tabelle 4.6*). AtombefürworterInnen sind eher dafür, soweit möglich Lagerstätten in der Schweiz zu bauen; aber auch eine Mehrheit der GegnerInnen der Kernenergie ist der Auffassung, dass die Abfälle in der Schweiz gelagert werden sollen, falls geeignete Standorte gefunden werden.

Tabelle 4.7: Sicherheit von Atomkraftwerken

	Total Befragte	Stimmende Ja/Ja in %	Nein/Ja in %	Nein/Nein in %
«Unsere AKW sind sicherer als solche im Ausland.»	37	21	46	69
«AKW in der Schweiz oder im Ausland sind gleich sicher oder unsicher.»	48	66	42	24
«Die ausländischen AKW sind eher sicherer als die schweizerischen.»	1	1	1	0
Keine Angabe	14	12	11	7

Tabelle 4.7 zeigt den Meinungsvergleich zur Sicherheit von AKWs. Durchs Band weg glaubt nur 1 Prozent, dass ausländische Kraftwerke sicherer seien als schweizerische. Gemäss der Parole «Tschernobyl ist überall» sagte eine deutliche Mehrheit der beiden Initiativen Zustimmenden, alle AKW seien gleich sicher beziehungsweise unsicher.

Tabelle 4.8: Ökonomische Aspekte von Atomkraftwerken

	Total Befragte	Stimmende Ja/Ja in %	Nein/Ja in %	Nein/Nein in %
<i>Arbeitsplätze</i>				
«Die Arbeitsplätze in der Schweiz können auch ohne AKW gesichert werden.»	56	86	51	18
«Die Arbeitsplätze in der Schweiz wären ohne den Strom aus AKW nicht gesichert.»	25	4	27	66
Keine Angabe	19	10	22	16
<i>Strompreise</i>				
«Der Strom aus AKW ist teuer. Darum steigen die Strompreise.»	30	46	23	17
«Der Strom aus AKW ist billig. Darum werden Strompreiserhöhungen ausgeschlossen.»	22	11	27	46
Keine Angabe	48	43	50	37

Ökonomische Argumente waren diesmal weder im Abstimmungskampf noch bei der Entscheidung an der Urne von grosser Bedeutung (Tabelle 4.8). Fragt man nach der Arbeitsplatzsicherheit, erklären Mehrheiten in zwei der drei Untergruppen, die Arbeitsplätze seien auch ohne Atomstrom gesichert. Lediglich die zweimal Nein-Stimmenden fürchten bei einem Ausstieg um Arbeitsplätze. Die VOX-Analyse von 1984 zeigte bei den Zustim-



menden und Ablehnenden der damaligen Atominitiative eine etwas grössere Angst vor Arbeitsplatzverlusten.

Was haben AKW mit dem Strompreis zu tun? Die Hälfte aller Befragten ist bei dieser Frage unentschieden. Von den Antwortenden glauben etwas mehr, dass Atomstrom eher teuer als billig sei. Aber in keiner Gruppe ist die Antwortverteilung sehr eindeutig. Zwischen den VOX-Analysen von 1984 und 1990 verstärkte sich in beiden Lagern die Ansicht, dass Atomstrom billig und daher Strompreiserhöhungen ausgeschlossen seien.

*Tabelle 4.9: Neue Kraftwerke nach Ablauf des Moratoriums in der Nähe des Wohnortes*

	Total Befragte	Stimmende Ja/Ja in %	Nein/Ja in %	Nein/Nein in %
- Ich würde mich wehren	54	78	55	17
- Ich hätte nichts gegen den Bau einzuwenden	23	3	22	65
Keine Angabe	23	19	23	18

Nach Ablauf des 10jährigen Moratoriums ist der Bau eines neuen AKW in der Schweiz wieder möglich. Falls dies dann in der Nähe des eigenen Wohnortes geschehen sollte, wollen sich drei Viertel der AtomgegnerInnen wehren (*Tabelle 4.9*). Von den Personen, welche beide Initiativen ablehnten, sind es 17 Prozent und bei der Mittelgruppe immerhin 55 Prozent, die in einem solchen Fall einen Bau bekämpfen wollen.

## 5) Der Energieartikel

Der erste Vorschlag für einen Energieartikel in der Bundesverfassung wurde 1983 abgelehnt. Zwar hiess ihn die Mehrheit der Stimmenden gut, aber er scheiterte knapp am Ständemehr. Von zwei Seiten wurde er bekämpft: den einen ging er zu weit, den anderen zu wenig weit. Die Neuauflage des Energieartikels hingegen fand breite Zustimmung. Nach dessen Annahme soll der Bund in Absprache mit den Kantonen Grundsätze für den sparsamen Energieverbrauch und Vorschriften für die Entwicklung von Energietechniken – etwa im Bereich des Energiesparens und der erneuerbaren Energien – erlassen.

Tabelle 5.1: Inhaltliche Beschreibung der Vorlage «Energie-Artikel»

Teilaspekte der Vorlage	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Energie / Stromspargesetz	317	49 %
Verfassungsartikel, der dem Staat die Grundlage für ein Energie / Stromspargesetz gibt	140	22 %
Förderung von Alternativenergien	111	17 %
Mehr Kompetenzen für den Bund / Staat	91	14 %
Zusätzliche Mittel für die Forschung nach Alternativ- energien	23	4 %
Energiesteuer	19	3 %
Alternative zum Ausstieg aus der Atomenergie	9	1 %

1 Zweifachnennungen möglich. N = 649 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 356 Befragte).

Mehr als ein Drittel aller Befragten konnte keine Auskunft geben, was der Energieartikel beinhalte. Bei den beiden Initiativen, die im Abstimmungskampf vor allem umstritten waren, waren es noch etwas weniger (beim Ausstieg), beziehungsweise etwas mehr (beim Moratorium) als ein Viertel gewesen, die keine Aussage machen konnten.

Fast die Hälfte der Antwortenden glaubte, dass bereits über ein *Gesetz* für sparsamen und rationellen Energieverbrauch abgestimmt wurde (siehe *Tabelle 5.1*). Nur am zweithäufigsten wurde die Vorlage (zutreffend) als *Verfassungsartikel* bezeichnet. Der Unterschied besteht vor allem im Zeitraum, bis Energiesparvorschriften zu greifen beginnen. Berücksichtigt man die Nichtantwortenden, konnten also lediglich zirka 15 Prozent aller Befragten genau angeben, worum es bei dieser Vorlage ging – ein deutliches Bild der Überforderung der Stimmbürger und -bürgerinnen.

### 5.1 Das Stimmverhalten der Merkmalsgruppen

Der Energieartikel erzielte an der Urne eine komfortable Mehrheit von 71% Ja-Stimmen, bei der Nachbefragung ergab sich 72% Zustimmung.

Das Stimmverhalten zeigt etwa die gleichen Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen von UrnengängerInnen wie bei den beiden Atominitiativen. Betrachtet man die gesell-

Tabelle 5.2: Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in %
Total effektiv	71	
Total VOX	72	
Geschlecht: <sup>2</sup>		
Männer	71	- 1
Frauen	73	+ 1
Alter: <sup>2</sup>		
20-29jährige	85	+ 13
30-39jährige	75	+ 3
40-49jährige	69	- 3
50-59jährige	61	- 11
60-69jährige	63	- 9
70jährige und älter	74	+ 2
Schulbildung: <sup>2</sup>		
Obligatorische Schulen	63	- 9
Berufsschule u. a.	71	- 1
Gymnasium, Universität	81	+ 9
Berufliche Stellung:		
Vollerwerbstätige total	70	- 2
Selbständige, Leitende Angestellte	66	- 6
Landwirte	67	- 5
Angest. und BeamtInnen in mittl. Stellung	75	+ 3
Übrige Angestellte und BeamtInnen	71	- 1
ArbeiterInnen	65	- 7
Nur Teilerwerbstätige	72	
Nicht-Erwerbstätige total <sup>2</sup>	73	+ 1
in Ausbildung	95	+ 23
im Haushalt tätig	70	- 2
in Pension	68	- 4
Konfessionszugehörigkeit: <sup>2</sup>		
reformiert	69	- 3
katholisch	73	+ 1
konfessionslos	87	+ 15
Eigentumsverhältnisse: <sup>2</sup>		
Hauseigentum	62	- 10
Miete / Pacht	81	+ 9
Ansässigkeit: <sup>3</sup>		
weniger als 5 Jahre am Ort	83	+ 11
mehr als 5 Jahre am Ort	70	- 2

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in % <sup>1</sup>
Sprachzugehörigkeit:		
Deutsche Schweiz	70	— 2
Französische Schweiz	77	+ 5
Italienische Schweiz	81	+ 9
Siedlungsart: <sup>3</sup>		
Grossstädtische Agglomerationen	75	+ 3
Mittel- / kleinstädtische Agglomerationen	77	+ 5
Landgemeinden	66	— 6

- 1 Insgesamt gaben 68% an, Ja gestimmt zu haben, 27% Nein und 5% leer. Die Werte in der Tabelle beziehen sich auf die materiell Stimmenden.
- 2 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test).
- 3 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test).

schaftlichen Merkmalsgruppen (*Tabelle 5.2*), haben die jüngsten, die in Ausbildung stehenden, die konfessionslosen und die weniger als 5 Jahre am gleichen Ort wohnhaften Personen sowie die MieterInnen und MittelschulabsolventInnen den Artikel am deutlichsten angenommen. Beim Alter waren neben der jüngsten auch die älteste Gruppe überdurchschnittlich dafür. Grosse Gegensätze ergaben sich bei der Schulbildung und der Frage des Wohnungseigentums. Neben den 50–59jährigen wiesen die Personen mit obligatorischem Schulabschluss und die EigentümerInnen die grössten Nein-Anteile auf. Letztere erwarteten wohl eher direkte Auswirkungen von Sparvorschriften als die MieterInnen.

Bei den politischen Merkmalsgruppen ergaben sich die bekannten Gegensätze (*Tabelle 5.3*). Die Grünen, Linken und NachmaterialistInnen stimmten überdurchschnittlich zu – Rechte und MaterialistInnen lehnten überdurchschnittlich ab. Unter den ParteisympathisantInnen stimmten diejenigen des LdU am häufigsten mit Ja.

In allen untersuchten Gruppen – ausser bei der sich ganz rechts einstuftenden – zeigt sich eine befürwortende Mehrheit, insbesondere auch bei allen Parteianhängerschaften. Dies war vor dem Urnengang nicht unbedingt zu erwarten gewesen, hatte doch die gesamtschweizerische SVP Stimmfreigabe beschlossen und eine Reihe von FDP- und SVP-Kantonalparteien die Nein-Parole herausgegeben<sup>11</sup>.

Diejenigen Befragten, die angaben, nicht an die Urne gegangen zu sein, hätten den Energieartikel mit 79% angenommen. Bei einer höheren Stimmbeteiligung wäre die Zustimmung also noch deutlicher ausgefallen.

Der Vergleich des Stimmverhaltens bei beiden Atominitiativen und beim Energieartikel ergibt folgendes: bei den Personen, welche beide Initiativen annahmen, beträgt die Zustimmung zum Energieartikel 91%. Bei den zweimal Nein-Stimmenden hingegen ist es nur eine Minderheit von 44%. Die Mittelgruppe der differenziert Entscheidenden unterstützt den Energieartikel mit 78%.

11 NZZ, 18.9.90.

*Tabelle 5.3: Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen*

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in %
Total effektiv	71	
Total VOX	72	
Parteiidentifikation: <sup>1</sup>		
SVP	62	— 10
FDP / LPS	57	— 15
CVP	64	— 8
LdU / EVP	100	+ 28
GPS	85	+ 13
SPS	87	+ 15
(POCH / PdA)	91	+ 19
keine Parteibindung	69	— 3
Links/Rechts-Orientierung: <sup>1</sup>		
ganz links	93	+ 21
links	84	+ 12
mitte	66	— 6
rechts	59	— 13
ganz rechts	33	— 39
kann sich nicht einordnen	66	+ 6
Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung: <sup>1</sup>		
rein materialistische Werte	59	— 13
gemischte Werte	67	— 5
rein nachmaterialistische Werte	83	+ 11

1 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test)

2 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test)

## 5.2 Entscheidungsmotive

Drei der vier am häufigsten erwähnten Argumente für den Energieartikel (*Tabelle 5.4*) beziehen sich auf das Energiesparen, das damit erleichtert werden soll. An zweiter Stelle erscheint wieder der Wunsch nach einer Förderung von Alternativenergien. Dass der Artikel dem Bund mehr Kompetenzen bringt, wird in 10 Prozent der Nennungen ausdrücklich begrüsst. 5 Prozent der Antwortenden erwarten nur mit Vorschriften einen Erfolg beim Energiesparen.

Als Motiv für ihre Ablehnung des Energieartikels gaben lediglich 6 Prozent der Nein-Stimmenden als Argument an, die Schweiz habe genügend Energie und der Verfassungsartikel sei daher überflüssig (*Tabelle 5.5*). Die Gegnerschaft entzündete sich vor allem daran, dass damit weitere Gesetze erlassen werden können. In zweiter Linie störte auch der damit verbundene Machtzuwachs für den Bund. Das erste Argument erinnert an das «weniger Staat»-Thema, das zweite hat auch eine föderalistische Komponente.

*Tabelle 5.4: Entscheidungsmotive von Ja-Stimmenden «Energieartikel»*

	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Damit Energie gespart wird	101	29 %
Förderung von Alternativenergien	67	20 %
Eine gesetzliche Regelung des Energiesparens ist nötig	65	19 %
Der Energieartikel schafft die Voraussetzungen für Sparmassnahmen	51	15 %
Der Energieartikel bringt mehr Kompetenzen für den Bund	35	10 %
Energiesparen lässt sich nur mit Vorschriften erreichen	16	5 %
Eidgenössische Vorschriften sind wirksamer	13	4 %
Andere Pro-Motive	54	16 %

<sup>1</sup> Zweifachnennungen möglich. N = 343 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 39 Befragte).

*Tabelle 5.5: Entscheidungsmotive von Nein-Stimmenden «Energieartikel»*

	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Keine weiteren Vorschriften und Gesetze	59	46 %
Nicht noch mehr Kompetenzen für den Bund / Staat	29	23 %
Wir haben heute genügend Strom / Energie	8	6 %
Der Energieartikel benachteiligt den «kleinen Mann»	5	4 %
Andere Contra-Motive	31	24 %

<sup>1</sup> Zweifachnennungen möglich. N = 127 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 23 Befragte).

### 5.3 Argumente zum Energieartikel

Alle vorgelegten, den Energieartikel unterstützenden Argumente (*Tabelle 5.6*) finden bei den Stimmberechtigten (relative) Mehrheiten. Dabei überzeugen vor allem die Aussagen, mit ihm könne der Energieverbrauch kontrolliert werden. Von der Wirksamkeit des Energieartikels als Mittel im Kampf gegen die Luftverschmutzung und den Treibhauseffekt sind schon weniger Befragte überzeugt, und seine europäische Dimension leuchtet nur noch 40 Prozent der Befragten ein. Bei dieser letzten Frage konnten sich übrigens volle 37 Prozent nicht entscheiden.

Interessant ist, dass auch (relative) Mehrheiten der Nein-Stimmenden der Überzeugung sind, mit dem Verfassungsartikel könne der Energieverbrauch in den Griff bekommen und beschränkt werden. Ihnen scheint dieses Ziel jedoch weniger wichtig zu sein, als die Verhinderung neuer Reglementierungen des Bundes.

*Tabelle 5.6: Bewertung von Pro-Argumenten zum Energieartikel*  
(Zeilenprozentuierung)

		einverstanden	nicht einverstanden	keine Angabe
«Der Energieartikel erlaubt es, den Energieverbrauch wirksam zu beschränken.»	I	58	21	21
	II	77	13	10
	III	47	44	9
«Der Energieartikel bringt Vorschriften für Apparate, Installationen und Fahrzeuge, die es ermöglichen, den Energieverbrauch in den Griff zu bekommen.»	I	58	18	24
	II	73	16	11
	III	57	25	18
«Eine Energiepolitik, wie sie der Energieartikel anstrebt, ist ein wirksames Mittel im Kampf gegen die Luftverschmutzung und den Treibhauseffekt.»	I	51	20	29
	II	69	18	14
	III	31	43	26
«Der Energieartikel entspricht den energiepolitischen Zielen der Europäischen Gemeinschaft. Er ist deshalb zu befürworten.»	I	40	23	37
	II	57	18	25
	III	23	49	28

*Tabelle 5.7: Bewertung von Contra-Argumenten zum Energieartikel*  
(Zeilenprozentuierung)

		einverstanden	nicht einverstanden	keine Angabe
«Der Energieartikel bringt zuwenig griffige Massnahmen für eine Reduktion des Energieverbrauchs. Weitergehende staatliche Massnahmen sind nötig.»	I	41	31	28
	II	54	33	13
	III	37	51	12
«Der Energieartikel bringt eine unerwünschte Einmischung des Staates in die Wirtschaft und führt zu einer Beschränkung der individuellen Freiheit.»	I	30	48	22
	II	20	71	9
	III	63	27	10
«Die kantonalen Gesetze machen einen eidgenössischen Energieartikel überflüssig. Eine zentralisierte eidgenössische Energiepolitik bringt nur Einschränkungen für die Kantone.»	I	23	49	28
	II	15	71	14
	III	46	33	21
«Ein Energieartikel ist nicht nötig. Die heutige Gesetzgebung genügt als Grundlage für die Einführung von Energiesparmassnahmen.»	I	22	59	19
	II	13	81	6
	III	57	30	13
«Für die Sicherheit der Energieversorgung braucht es keinen Energieartikel. Die Energievorräte sind genügend gross.»	I	17	61	22
	II	10	80	10
	III	35	50	15

I = Total Befragte

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

Von den Stimmberechtigten werden ausser einem alle gegen den Energieartikel angeführten Argumente verworfen (*Tabelle 5.7*). Von der Gruppe der GegnerInnen wird am kräftigsten die Aussage unterstützt, dass sich der Staat mit dem Artikel in die Wirtschaft einmische und die individuelle Freiheit beschränke. «Nicht (noch) mehr Staat» ist ihr Hauptargument – aber nur zu 35 Prozent glauben sie, dass die Energievorräte genügend gross seien und der Energieartikel darum abzulehnen sei.

Ein einziges Argument wird von einer relativen Mehrheit der Antwortenden unterstützt, nämlich dass der Artikel zuwenig griffig und weitergehende staatliche Massnahmen nötig seien. Auch 37 Prozent der Nein-Stimmenden sind dieser Ansicht! Eine mögliche Interpretation wäre die Einteilung der Ablehnenden in zwei Gruppen: etwa zwei Dritteln bringt der Artikel zuviele staatliche und/oder zentralistische Eingriffe, sie sind mit der ersten Kontra-Meinung einverstanden. Etwa einem Drittel hingegen bringt er zuwenig griffige Massnahmen (sie unterstützen das 3. Argument) oder sie wollen zuerst das Ausführungsgesetz sehen und darum lehnen sie den Verfassungsartikel ab, obwohl keine Partei oder Umweltorganisation deswegen die Nein-Parole ausgegeben hatte.

#### 5.4 Ausgewählte Grundhaltungen zum Energiesparen

59 Prozent aller Befragten (*Tabelle 5.8*) sind für den Erlass staatlicher Energievorschriften durch den Bund, 21 Prozent durch die Kantone und nur 8 Prozent finden staatliche Vorschriften irgendwelchen Ursprungs überflüssig. OpponentInnen des Energieartikels sind eher dieser Meinung; trotzdem ist auch von ihnen nur ein Fünftel gegen jegliche staatliche Regelung. Auch bei ihnen votierte eine relative Mehrheit für eidgenössische Massnahmen. Interessant ist, dass bei dieser Gruppe das föderalistische Argument (Kantone sollen selber handeln) etwas wichtiger ist als die «weniger-Staat»-Maxime (überhaupt keine staatlichen Massnahmen).

*Tabelle 5.8:*

	Total Befragte	Stimmende Ja	Nein
<i>Energiesparmassnahmen sollten . . .</i>			
. . . für die ganze Schweiz einheitlich durch den Bund erlassen werden	58	72	42
. . . durch die einzelnen Kantone nach ihren speziellen Bedürfnissen erlassen werden	21	19	27
Staatliche Massnahmen sind nicht nötig	8	3	22
Keine Angabe	13	6	9

Mehr als 80 Prozent in allen untersuchten Gruppen befürworten Vorschriften, die nur noch Elektrogeräte mit wesentlich geringerem Energieverbrauch auf dem Markt zulassen und eine Deklaration des Verbrauchs verlangen (*Tabelle 5.9*). Ein Verbot von Elektroheizungen oder die Verteuerung von Heizstrom hingegen finden nur bei den zum Energie-



Tabelle 5.9: Vorschläge für Sparmassnahmen

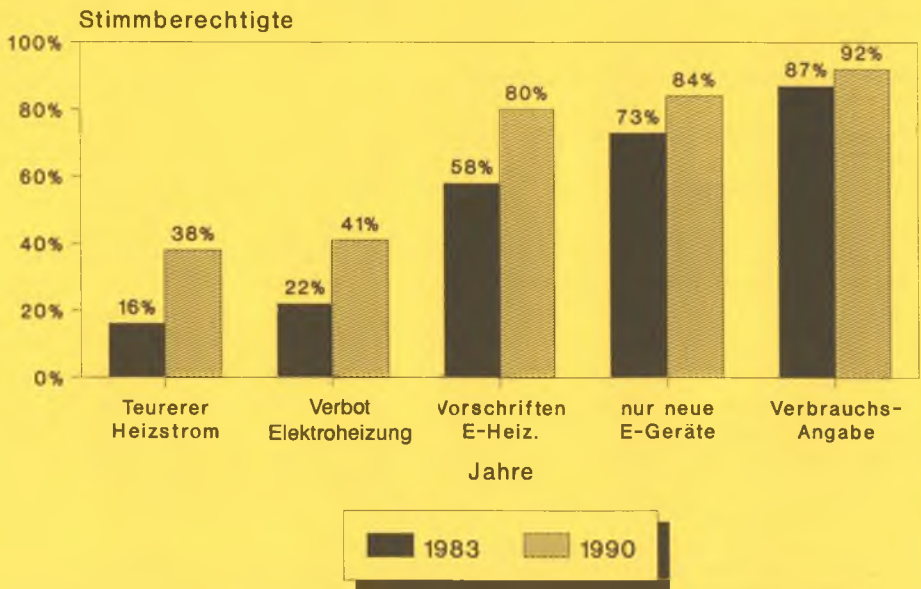
			einverstanden	nicht einverstanden	keine Angabe
«Angabe des Stromverbrauchs bei Geräten, z.B. Kühlschränken, Waschmaschinen, damit die Konsumenten wissen, wieviel Strom diese brauchen.»	I	92	6	2	
	II	95	4	1	
	III	92	5	3	
«Nur noch solche elektrischen Geräte zum Verkauf zulassen, die verglichen mit den heute üblichen Geräten wesentlich weniger Strom brauchen.»	I	84	13	4	
	II	89	9	2	
	III	82	17	1	
«Strengere Vorschriften für die Wärmeisolation bei Häusern mit fest installierten Elektroheizungen.»	I	80	16	4	
	II	85	12	3	
	III	68	31	1	
«Verbot von neuen fest installierten elektrischen Heizungen.»	I	41	48	11	
	II	48	42	10	
	III	33	61	6	
«Der elektrische Strom, der für die Heizung von Gebäuden gebraucht wird, soll verteuert werden.»	I	38	52	10	
	II	48	44	8	
	III	33	63	4	

I = Total Befragte

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

Grafik 5.1: Befürwortung von Energiesparmassnahmen



artikel Ja-Stimmenden eine knappe Mehrheit. Staatliche Eingriffe zur Beschränkung des Stromverbrauchs beim Heizen werden offenbar als heikel empfunden und sind politisch kaum durchsetzbar. Zusätzliche Isolationsvorschriften bei Häusern mit Elektroheizungen hingegen finden eine breite Mehrheit.

Grafik 5.1 zeigt die unterschiedliche Einstellung zu diesen Energiesparmassnahmen 1983 und 1990<sup>12</sup>. Bei allen vergleichbaren Vorschlägen für Energiesparmassnahmen hat die Akzeptanz in den sieben Jahren seit 1983 deutlich zugenommen<sup>13</sup>. Befürwortet werden offenbar nur Massnahmen, die den Einzelnen nicht einschränken, vorzugsweise auf dem technischen Gebiet. Verbote und finanzielle Belastungen finden kaum eine Mehrheit.

Bei Vorschlägen, die Energie-Einsparungen über das Portemonnaie erzielen wollen, ist keine grosse Begeisterung festzustellen (siehe *Tablette 5.10* und *5.11*). Schon bei der grundsätzlichen Frage nach der Einführung einer Energiesteuer, mit deren Ertrag energiesparende Investitionen unterstützt werden sollen oder die - bei einem höheren Steuersatz - als Lenkungsabgabe wirken könnte, winken 45 Prozent der Interviewten ab. Von den beiden genannten Möglichkeiten findet eher die Variante mit einer geringen Erhöhung der Energiepreise zur Investitionsförderung Zustimmung. Einem finanziell erzwungenen Energiesparen stimmt lediglich ein Fünftel zu.

*Tablette 5.10: Steuer auf Energiepreise?*

	Total Befragte	Stimmende Ja in %	Nein in %
Energiepreise etwas erhöhen für energiesparende Investitionen	28	37	14
Energiepreise so weit erhöhen, dass Energiesparen erzwungen wird	18	25	13
Überhaupt keine Energiesteuer	45	32	66
Keine Angabe	9	6	7

*Wieviel Energiesteuer wären Sie bereit zu zahlen?*

- nichts	47	33	63
- 5 Prozent	19	20	20
- 10 Prozent	12	18	4
- 15 Prozent	5	7	3
- 30 Prozent	4	7	2
- mehr als 30 Prozent	1	3	1
- keine Angabe	12	12	7

12 VOX-Analyse Nr. 19, Zürich, April 1983.

13 Eine Einschränkung zur Vergleichbarkeit muss gemacht werden: 1983 lautete die Formulierung bei der ersten Massnahme: «Der elektrische Strom, der für die Heizung von Gebäuden verwendet wird, soll massiv verteuert werden.»

Bei der konkreten Frage, wieviel Aufschlag die einzelne Person zu bezahlen bereit wäre, zeigt sich das gleiche Bild. 5 Prozent Aufschlag oder mehr würden 41 Prozent akzeptieren, während 47 Prozent von gar keinen Abgaben wissen wollen. Einer Steuer von 15 Prozent oder mehr würden nur noch 10 Prozent der Antwortenden zustimmen. Besonders aktuell ist diese Frage angesichts der neuen Pläne des Bundesrates für eine CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe<sup>14</sup>. Nach den obigen Zahlen würde die vorgesehene CO<sub>2</sub>-Steuer (von durchschnittlich 22% auf fossile Brennstoffe) deutlich verworfen.

Eine Mehrheit hat den Energieartikel angenommen, um dem Bund die Möglichkeit zu geben, Sparmassnahmen durchzusetzen. Im kommenden Gesetz dürften indessen nur 'weiche' Massnahmen eine Chance haben. Einschneidende Verbote und Steuern zum Zweck des Energiesparens dürften auf Widerstand stossen, und zwar nicht nur bei jenen, die den Verfassungsartikel aus Angst vor weiteren Bundesvorschriften abgelehnt haben.

## *6) Die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes*

Als vierte Vorlage kam die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes zur Abstimmung. Verschiedene Umweltorganisationen hatten gegen die Gesetzesänderung das Referendum ergriffen. Die Kernpunkte der Gesetzesrevision waren:

- Ein Beschwerderecht für die Gemeinden bei Verkehrsmassnahmen, die sie betreffen;
- das Verbot des Handels und der Verwendung von Radarwarngeräten;
- Entzug des Führerausweises bei Verweigerung der Blutprobe;
- die Heraufsetzung der allgemein zulässigen Höchstbreite für Fahrzeuge von 2,3 m auf 2,5 m.

Das Referendum wurde vor allem damit begründet, dass die Gesetzesänderung das Lastwagengewerbe gegenüber der Bahn bevorteile, eine Beeinträchtigung der übrigen Verkehrsteilnehmer (insbesondere der Velofahrer und Fussgänger) bringe, ökologisch unerwünscht sei und eine Ausdehnung des Schwerverkehrs auch auf schmale Strassen zur Folge habe. Im «Bundesbüchli» machten Bundesrat und Parlament den Stimmbürgern die Vorlage auch unter den Stichwörtern «Erhöhung der Sicherheit auf den Strassen» und «Unterstützung der Anliegen des Umweltschutzes» beliebt. Zusätzlich wurde auch die Harmonisierung mit anderen europäischen Ländern für die Gesetzesänderung angeführt.

Aus der Sicht der Stimmbürger dominierte eindeutig die Lastwagenbreite als eigentliches Abstimmungsthema. 9 von 10 Antwortenden nannten in der Nachbefragung diesen Teilaspekt. Nur 48 Befragte (7 Prozent der Antwortenden) konnten sich an weitere konkrete Gesetzesanpassungen erinnern, während 10 Prozent sich für die inhaltliche Beschreibung an den Titel der Vorlage hielten, ohne dies weiter zu präzisieren. Das Argument der An-

14 Tages-Anzeiger, 1.12.90.

*Tabelle 6.1: Inhaltliche Beschreibung der Vorlage «Änderung Strassenverkehrsgesetz»*

	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Grössere Lastwagenbreite	683	91 %
Verschiedene Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes	78	10 %
Anpassung an EG-Normen	29	4 %
Führerausweisentzug bei Verweigerung der Blutprobe	24	3 %
Vorschriften für Fahrlehrer	14	2 %
Verbot von Radarwarngeräten	10	1 %
Andere Inhalte	145	19 %
Total Antworten	983	

<sup>1</sup> Zweifachnennungen möglich. N = 752 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 253 Befragte).

passung an EG-Normen war nicht eigentlich ein Teil der Vorlage, wurde aber von 4 Prozent der Befragten aus dem «Bundesbüchli» übernommen.

### *6.1 Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen und politischen Merkmalen*

Das geänderte Strassenverkehrsgesetz wurde am 23. September von 52,8 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer angenommen. Von den Befragten, die nach eigenen Angaben an der Abstimmung teilgenommen haben, stimmten 50 Prozent Ja, 47 Prozent Nein und 3 Prozent gaben an, leer eingelegt zu haben. Dies entspricht für die materiell Stimmenden einem Verhältnis von 51:49 zugunsten der Vorlage. Die Abweichung vom realen Stimmenverhältnis ist somit sehr gering.

*Tabelle 6.2* zeigt, dass nur wenige Merkmalsgruppen signifikant anders stimmten als der Bevölkerungsdurchschnitt:

- Der grösste Unterschied ist zwischen den Sprachregionen festzustellen. Während Deutschschweizer die Vorlage mehrheitlich ablehnten (54% Nein), legten fast drei Viertel der Westschweizer ein Ja in die Urne (72%). Sämtliche Westschweizer Kantone nahmen die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes mit einem Ja-Anteil von über 60 Prozent an, während immerhin acht Kantone in der deutschen Schweiz die Vorlage ablehnten. Eine traditionelle Abneigung gegen Verkehrsbeschränkungen in der Westschweiz mag für dieses Ergebnis eine Rolle gespielt haben. Dabei ist festzuhalten, dass nur die Anpassung der Lastwagenbreite eine eigentliche Liberalisierung darstellt, die übrigen (allerdings nicht umstrittenen) Gesetzesänderungen sind eher als Restriktionen zu werten.
- Ein ähnlich hoher Ja-Anteil war nur noch bei den Landwirten festzustellen (72%), wobei dieser Wert angesichts der geringen Fallzahl mit Vorsicht zu interpretieren ist.

Tabelle 6.2: Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalsgruppen

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in %
Total effektiv	53	
Total VOX	51	
Geschlecht:		
Männer	54	+ 3
Frauen	48	- 3
Alter:		
20-29jährige	47	- 4
30-39jährige	44	- 7
40-49jährige	53	+ 2
50-59jährige	57	+ 6
60-69jährige	58	+ 7
70jährige und älter	54	+ 3
Schulbildung:		
Obligatorische Schulen	52	+ 1
Berufsschule u.ä.	50	- 1
Gymnasium, Universität	53	+ 2
Berufliche Stellung:		
Erwerbstätige total <sup>1</sup>	51	0
Selbständige, Leitende Angestellte	47	- 4
Landwirte	72	+ 21
Angest. und BeamtInnen in mittl. Stellung	51	0
Übrige Angestellte und BeamtInnen	63	+ 12
ArbeiterInnen	42	- 9
Nur Teilerwerbstätige	50	- 1
Nicht-Erwerbstätige total <sup>2</sup>	52	+ 1
in Ausbildung	38	- 13
im Haushalt tätig	47	- 4
in Pension	59	+ 8
Konfessionszugehörigkeit:		
reformiert	52	+ 1
katholisch	49	- 2
konfessionslos	49	- 2
Eigentumsverhältnisse: <sup>2</sup>		
Hauseigentum	58	+ 7
Miete / Pacht	47	- 4
Ansässigkeit:		
weniger als 5 Jahre am Ort	46	- 5
mehr als 5 Jahre am Ort	53	+ 2

Fortsetzung siehe nächste Seite

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in % <sup>1</sup>
Sprachzugehörigkeit: <sup>1</sup>		
Deutsche Schweiz	46	— 5
Französische Schweiz	72	+ 21
Italienische Schweiz	50	— 1
Siedlungsart:		
Grossstädtische Agglomerationen	48	— 3
Mittel- / kleinstädtische Agglomerationen	53	+ 2
Landgemeinden	53	+ 2

1 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test).

2 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $1\% \leq p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test).

- Am deutlichsten abgelehnt wurde die Vorlage von den 30–39jährigen (56% Nein) und den in Ausbildung begriffenen Urnengängern (62% Nein). Keine oder nur sehr geringe Abweichungen ergaben sich – zum Teil entgegen unseren Erwartungen – hinsichtlich des Bildungsniveaus und der Siedlungsart. Für eine «Verkehrsmündigkeit» in den grossen Städten und Agglomerationen gibt es in der Nachbefragung nur schwache Anzeichen.

Weniger einheitlich ist das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen.

- Parteidentifikation und Links/Rechts-Orientierung spielten eine wichtige Rolle. Für sämtliche Parteien ergab sich eine der Parteiparole entsprechende Mehrheit. Anhänger der FDP/LPS (77%), der SVP (69%) und der CVP (56%) stimmten der Gesetzesänderung mehrheitlich zu, während die Sympathisanten der PdA (80% Nein), der Grünen (74% Nein) und der SPS (60% Nein) die Vorlage klar verwarfen. Die Polarisierung entlang der Links/Rechts-Achse entspricht dem auch bei den Energievorlagen beobachteten Stimmverhalten, ist aber weniger ausgeprägt. Insgesamt war die Aufmerksamkeit, welche dem Referendum zuteil wurde, sicher viel geringer als bei den Energievorlagen. Auf dem Nebenschauplatz «Strassenverkehrsgesetz» war demzufolge die Frontenbildung auch weniger ausgeprägt.
- Auch die Bedeutung der Wertorientierungen war für die Zustimmung oder Ablehnung zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes geringer als bei der Atom- und Moratoriumsinitiative: Die Konfliktlinie zwischen links und rechts war entscheidender und erklärungskräftiger für das Stimmverhalten als der Wertekonflikt zwischen Materialisten und Nachmaterialisten.
- Schliesslich hatte auch das Regierungsvertrauen einen Einfluss auf das Stimmverhalten. Wer der Regierung Vertrauen schenkt, stimmte der Vorlage eher zu (63% Ja), wer nur schwaches Vertrauen in die Regierung hat, lehnte sie eher ab (61% Nein).

*Tabelle 6.3: Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen*

Merkmal / Kategorie	Stimmverhalten Ja in Prozent (N = mat. Stimmende)	Abweichung vom durch- schnittlichen Ja-Anteil in %
Total effektiv	53	
Total VOX	51	
Parteiidentifikation: <sup>1</sup>		
SVP	69	+ 18
FDP / LPS	77	+ 26
CVP	56	+ 5
LdU / EVP	48	— 3
GPS	26	— 25
SPS	40	— 11
PdA	20	— 31
keine Parteibindung	50	— 1
Links/Rechts-Orientierung: <sup>1</sup>		
ganz rechts	67	+ 16
rechts	68	+ 17
mitte	53	+ 2
links	42	— 9
ganz links	22	— 29
kann sich nicht entscheiden	47	— 4
Materialismus/Nachmaterialismus-Orientierung: <sup>1</sup>		
rein materialistische Werte	57	+ 6
gemischte Werte	59	+ 8
rein nachmaterialistische Werte	37	— 14
Regierungsvertrauen: <sup>1</sup>		
Regierungsvertrauen	63	+ 12
weder / noch	48	— 3
Regierungsmisstrauen	39	— 12

1 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit  $p \leq 1\%$  (Chi-Quadrat-Test)

## 6.2 Entscheidungsmotive

Wie *Tabelle 6.4* zeigt, lassen sich hauptsächlich drei Gruppen von Befürwortern unterscheiden.

- Rund zwei Fünftel der Befragten beugten sich gewissermassen der «normativen Kraft des Faktischen»: viele Lastwagen seien bereits 2,5 m breit. Man hat zugestimmt, weil die Gesetzesänderung eher einer Anpassung an die Realität als einer Neuerung gleichkommt.

*Table 6.4: Entscheidungsmotive von Ja-Stimmenden*

	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Viele Lastwagen sind schon 2,5 m breit	111	41 %
Anpassung an EG-Normen	69	26 %
Die Schweiz kann nicht überall eine Ausnahme sein	39	15 %
Weniger Verkehr dank breiteren Lastwagen	27	10 %
Wirtschaftliche Frage (Konkurrenzgründe)	9	3 %
Die Strassen sind breit genug	8	3 %
Übrige Pro-Motive	70	26 %
Total Antworten	333	

1 Zweifachnennungen möglich. N = 268 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 12 Befragte).

- Eine ähnlich grosse Gruppe verstand ihr Ja in erster Linie auch als ein Ja zur Angleichung an die internationalen Normen bzw. als ein Nein zu einem Alleingang der Schweiz. Besonders wichtig war dieses Motiv für Westschweizer und Befragte mit Mittel- oder Hochschulbildung. Diese Bevölkerungskreise sind auch generell europafreundlicher eingestellt als der Durchschnitt der Schweizerinnen und Schweizer.
- Als weiteres Indiz für die Bedeutung des Faktors «Europa» ist in diesem Zusammenhang die Tatsache zu werten, dass 55 Prozent der Befürworter eines EG-Beitritts der Revision des Strassenverkehrsgesetzes zustimmten, während von den Gegnern eines Beitritts nur 49 Prozent ja sagten<sup>15</sup>.
- Eine zahlenmässig deutlich kleinere Gruppe (13%) von Ja-Stimmenden erklärte, aus wirtschaftlichen (3%) oder Umweltgründen (10%) für die Vorlage votiert zu haben.

*Table 6.5: Entscheidungsmotive von Nein-Stimmenden*

	Anzahl Nennungen <sup>1</sup>	Prozent der Antwortenden
Breitere Lastwagen sind gefährlich für Fussgänger und Velofahrer	100	40 %
Eine Breite von 2,3 m genügt	68	27 %
Mehr Lastwagen bringen mehr Verkehr	40	16 %
Schienentransporte statt Strassentransporte	29	12 %
Hohe Kosten für die Verbreiterung von Strassen	17	7 %
Nicht noch mehr Lastwagen	15	6 %
Übrige Contra-Motive	49	20 %

1 Zweifachnennungen möglich. N = 250 (ohne die Kategorie «keine Angabe» = 16 Befragte).

- 15 Die Interview-Vorgabe lautete: «Wenn wir am nächsten Sonntag über den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zu entscheiden hätten, wie würden Sie stimmen? Wären Sie 'ganz bestimmt für einen Beitritt', wären Sie 'eher dafür', 'eher dagegen' oder ganz bestimmt gegen einen Beitritt der Schweiz zur EG?» Weitere Antwortmöglichkeiten 'weiss nicht / noch unentschieden' und 'keine Angabe'.



Ähnlich eindeutig sind die Entscheidungsmotive der Nein-Stimmenden zu interpretieren. Es lassen sich auch hier drei Motivgruppen unterscheiden:

- Die grösste Gruppe der Gegner begründete die Ablehnung der Vorlage damit, dass breitere Lastwagen eine Gefahr für Velofahrer und Fussgänger bedeuten.
- Insgesamt 34 Prozent der Nein-Stimmenden lehnten die Vorlage ab, weil sie dem Strassenverkehr eine höhere Priorität einräume (12%) oder zu einer Verkehrszunahme führe (22%).
- 27 Prozent der Befragten legten ein Nein in die Urne, weil sie eine Lastwagenbreite von 2,3 m als genügend erachten, ohne diese Begründung aber weiter zu spezifizieren.

Die Argumente, dass die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes eine Erhöhung der Sicherheit bringe und Anliegen des Umweltschutzes unterstütze, haben in der Bevölkerung kaum ein Echo gefunden. Diese Argumente motivierten in erster Linie eine Stimmabgabe gegen und nicht für die Vorlage. Die Lastwagenbreite war das eigentliche Thema der Abstimmung, und hier haben sich die Befürworter in erster Linie dem internationalen Normdruck und der Tatsache gebeugt, dass viele Lastwagen bereits breiter sind als 2,3 m.

### *6.3 Unterstützung von Pro- und Contra-Argumenten zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes*

*Tabelle 6.6: Bewertung von Pro-Argumenten zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes (Zeilenprozentuierung)*

		einverstanden	nicht einverstanden	keine Angabe
«Die Neuerungen des Strassenverkehrsgesetzes bringen eine Harmonisierung mit den anderen europäischen Ländern. Ein schweizerischer Alleingang ist nicht gerechtfertigt.»	I	56	25	19
	II	84	11	5
	III	42	45	13
«Die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes bringt eine Erhöhung der Strassensicherheit.»	I	29	51	20
	II	44	43	13
	III	15	77	18

I = Total Befragte

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

Insgesamt wirken drei Argumente (Pro-Argument 1 und die Kontra-Argumente 2 und 3) polarisierend. Sowohl die überwiegende Mehrheit der Befürworter als auch 70 Prozent aller Befragten (ohne die Kategorie «unentschieden») sehen die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes als eine Angleichung an internationale Normen. Eine knappe Mehrheit der Gegner erachtet hingegen einen schweizerischen Alleingang als gerechtfertigt.

Umgekehrt erwarten vier von fünf Gegnern als Folge der Gesetzesänderung eine Ausweitung und Zunahme des Lastwagenverkehrs auch auf schmalen Strassen. Diese Auffassung teilt auch die Mehrheit aller Befragten aber nur etwa ein Viertel der Befürworter.

Eine Beeinträchtigung der Strassensicherheit durch die Erhöhung der Lastwagenbreite erwarten sogar 92 Prozent der Nein-Stimmenden und 67 Prozent aller Befragten. Bei den Befürwortern fand dieses Argument keine eindeutige Zustimmung oder Ablehnung. Pro-Argument 2 stellte eigentlich die Umkehrung von Kontra-Argument 1 dar. Die Resultate fielen hier etwas weniger eindeutig aus.

Die Ergebnisse für Pro-Argument 2 und Kontra-Argument 1 stützen den Befund, dass die Strassensicherheit primär gegen die Vorlage verwendet wurde.

Das Kontra-Argument, dass die Gesetzesänderung die Strassentransporte zulasten der Schienentransporte bevorteile, fand sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern eine zustimmende Mehrheit, wobei für einen Teil der Befürworter dieses Argument wohl nicht gegen, sondern für die Vorlage sprach.

*Tabelle 6.7: Bewertung von Kontra-Argumenten zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes (Zeilenprozentuierung)*

		einverstanden	nicht einverstanden	keine Angabe
«Je breiter die Lastwagen werden, desto stärker werden vor allem Fussgänger und Velofahrer an den Rand gedrängt. Die Sicherheit auf unseren Strassen nimmt damit weiter ab.»	I	67	23	10
	II	47	47	6
	III	92	6	2
«Die Gesetzesänderung bevorteilt die Strassentransporte zulasten der Schienentransporte.»	I	55	27	18
	II	47	45	8
	III	74	17	9
Mit der Gesetzesänderung wird die Flut der Lastwagen auch schmalste Überlandsträsschen überschwemmen. Für den Ausbau dieser Strassen müssen wir wertvollen Boden opfern.»	I	51	34	15
	II	28	67	5
	III	80	15	5

I = Total Befragte

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

Die Analyse der Nachbefragung zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes lässt den Schluss zu, dass die Schweizerinnen und Schweizer der Vorlage zustimmten, weil sie eine Harmonisierung mit der EG bringt, obwohl die Auswirkungen dieser Angleichung auf das eigene Umfeld eher negativ gewertet werden (Strassensicherheit, Umweltbelastung). Dieser Entscheid mag letztlich auch als Indiz für eine wachsende Europafähigkeit gewertet werden, zumindest in Fällen, wo es um überschaubare, einzugrenzende Konzessionen geht.

## 7) Methodische Aspekte: Die Stichprobe

Die vorliegende Analyse basiert auf einer Repräsentativ-Befragung von 959 stimmberechtigten SchweizerInnen zwischen 20 und 84 Jahren, die vom 24. September bis 18. Oktober durchgeführt wurde.

Die Stichprobe wurde nach einem kombinierten Zufalls-/Quoten-Verfahren für Ortschaften und Personen gebildet. In der verfügbaren Zeit konnten 40 Interviews nicht eingebracht werden. Mittels eines Verdoppelungsverfahrens wurden die fehlenden Interviews hergestellt. Somit sind 1005 Befragungen die Prozentuierungsbasis.

Aufgrund der Stichprobengrösse kann man bei einer reinen Zufallsauswahl von einem Vertrauensintervall von  $\pm 3$  Prozent ausgehen, d.h. ein Wert von 50 Prozent in der Umfrage liegt mit 95%iger Wahrscheinlichkeit effektiv zwischen 47 und 53 Prozent. Grössere Verzerrungen sind nicht-statistischer Art.

Als mögliches Mass für die Qualität der Daten bietet sich der Vergleich zwischen dem in der Nachbefragung ermittelten Stimmverhalten und dem effektiven Abstimmungsergebnis an. Aufgrund bisheriger VOX-Analysen kann mit einer Differenz von vier Prozent gerechnet werden. Bei der Gewichtung wurde darauf geachtet, dass die Abweichungen zwischen den erhobenen und den effektiven Abstimmungsergebnissen im Schnitt in diesem Bereich liegen. Die nachstehende Tabelle gibt den entsprechenden Überblick.

Verhältnis Ja-Nein-Stimmende in % (in Klammern % Leerstimmen)	Energieartikel	Ausstiegsinitiative	Moratoriumsinitiative	Revision Strassenverkehrsgesetzes
VOX-Stichprobe				
- ungewichtet	74 : 20 (6)	53 : 45 (2)	68 : 30 (2)	48 : 48 (4)
- gewichtet	68 : 27 (5)	49 : 49 (2)	63 : 35 (2)	50 : 47 (3)
- gewichtet materiell Stimmende	72 : 28	50 : 50	64 : 36	51 : 49
Abstimmung effektiv	71 : 29	47 : 53	55 : 45	53 : 47
Differenz	1 Prozent	3 Prozent	9 Prozent	2 Prozent

Bei drei von vier Vorlagen liegen die Abweichungen im üblichen Bereich. Einzig beim «Moratorium» gaben deutlich mehr Befragte zu, «Ja» gestimmt zu haben als effektiv BefürworterInnen waren.

---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 23. September 1990*

---

*Zusammenfassung der Hauptergebnisse*

Bei einer Stimmbeteiligung von 39,2 Prozent haben die Schweizer StimmbürgerInnen am 23. September 1990 die Volksinitiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie» mit 52,9 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» (Moratorium) nahmen sie hingegen mit einem Mehr von 54,6 Prozent an. Ebenfalls angenommen wurden der Energieartikel mit 71 Prozent Ja-Stimmen und die Revision des Strassenverkehrsgesetzes (52,8% Ja).

Der Vergleich über eine längere Periode zeigt, dass die Stimmbeteiligung als durchschnittlich zu werten ist. In den Abstimmungen von 1983 (Energieartikel) und 1984 (Atom- und Energieinitiative) war die Beteiligung ähnlich gross. Das Partizipationsverhalten der verschiedenen Merkmalsgruppen entspricht im wesentlichen den aus früheren Untersuchungen bekannten Mustern. Den Weg zur Urne fanden vor allem jene BürgerInnen, die sich aufgrund ihrer höheren Bildung, des höheren Alters und des stärkeren politischen Interesses generell ausgeprägter als die übrigen Bürger am öffentlichen Leben beteiligen. Bemerkenswert ist allenfalls die eher niedrige Partizipation von leitenden Angestellten, Selbständigen und Landwirten.

*Volksinitiative «Für den Ausstieg aus der Atomenergie»*

Mehr als ein Drittel der befragten Stimmberechtigten erwartete bei Annahme der Ausstiegsinitiative einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, obwohl lediglich eine «möglichst rasche» Stilllegung der AKW verlangt wurde. Das Initiativkomitee sprach von einer Frist bis 2030. Vor allem links und grün Eingestellte, Studierende, Jüngere und weniger als 5 Jahre am Wohnort Ansässige hiessen das Volksbegehren gut. Auf der ablehnenden Seite waren vor allem bürgerliche Kreise, die Älteren und die WohnungseigentümerInnen vertreten. Die Motive für den Stimmentscheid waren vielfältig; bei den BefürworterInnen der Initiative überwog die Angst vor dem Betrieb der AKW und vor den radioaktiven Abfällen – die GegnerInnen dagegen hatten Angst vor Stromknappheit und hielten die Initiative für zu weitgehend.

*Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» (Moratorium)*

Auch diese Vorlage wurde eher von Linken und Grünen, Jüngeren, Studierenden und weniger als 5 Jahre am Ort Ansässigen angenommen. Überdurchschnittlich viele BefürworterInnen waren auch unter den im Tessin lebenden Personen und den BewohnerInnen der grossstädtischen Agglomerationen anzutreffen. Grössere Nein-Anteile ergaben sich bei

den Rechten, den Älteren, den Wohnungsbesitzenden und den EinwohnerInnen der Landgemeinden.

Als Motiv nannten die Zustimmungen neben den schon beim Ausstieg erwähnten Ängsten vor dem Betrieb und den Abfällen der Atomkraftwerke vor allem den Wunsch nach einer zehnjährigen Denkpause. In dieser Zeit solle besonders die vermehrte Anwendung von Alternativenenergien erforscht werden. Die Ablehnenden befürchteten zuwenig vorhandene Energie und sahen keine Alternative zu Strom aus AKW.

Bei beiden Initiativen überrascht der Unterschied von 13–15 Prozent beim Stimmverhalten zwischen den eher atomfreundlichen Männern und den eher atomkritischen Frauen. Den Ausschlag zur Annahme des Moratoriums und zur Ablehnung des Ausstiegs gab eine Gruppe bestehend aus überdurchschnittlich vielen Männern, Jüngeren und Politisierenden mit mittlerem und rechtem politischen Standort. Unterdurchschnittlich in dieser Gruppe vertreten sind links Eingestellte, Personen mit tiefem Bildungsabschluss und Parteigebundene.

### *Einstellungen zur Atomenergie*

Mehrheiten aller Stimmberechtigten glauben, dass zuviel Strom verschwendet werde, die Atomenergienutzung und -abfälle gefährlich und Alternativenenergien ausgereift seien. Ausserdem sind sie der Meinung, dass der Ausstieg in spätestens 25 Jahren möglich sei, weitere AKW unnötig und die wirtschaftlichen Folgen des Ausstiegs tragbar seien. Gleichzeitig ist ebenfalls eine Mehrheit der Stimmberechtigten der Meinung, dass ein Ausstieg die Schweiz von ausländischen Stromimporten abhängig mache. Auch das Argument der GegnerInnen im Abstimmungskampf, das Moratorium sei der erste Schritt zum Ausstieg, findet Zustimmung – am deutlichsten aber bei den zweimal Ja-Stimmenden.

Bei der generellen Einstellung zu Atomkraftwerken zeigt sich folgendes Bild: 3 Prozent aller befragten Stimmberechtigten sind ohne Vorbehalt für den Bau weiterer AKW, 24 befürworten wenn nötig noch den Bau eines Werkes, 41 sind gegen jedes weitere AKW, und die restlichen 26 Prozent sprechen sich zusätzlich noch für die Stilllegung aller bestehenden aus. Nur 20 Prozent sind gegen den Bau von Endlagern für atomare Abfälle in der Schweiz. 31 Prozent sind auf jeden Fall für einen Standort in der Schweiz, 35 Prozent ebenfalls, wenn ein geeigneter Ort gefunden wird.

Weitere Ergebnisse zeigen, dass besonders der vermehrte Einsatz von Alternativenenergien gewünscht wird, um die Energieprobleme in der Schweiz zu lösen. Selbst bei den Befragten, welche beide atomkritischen Initiativen abgelehnt haben, überwiegt der Wunsch nach Energiesparen und Alternativenenergien. Ein bedenkenloser Ausbau der Atomenergie wird kaum mehr gefordert.

### *Energieartikel*

Ausser bei den Personen mit ganz rechter politischer Einstellung fand der Energieartikel überall mehrheitlich Zustimmung. Auch die Gefolgschaften aller Parteien stimmten zu. Überdurchschnittlich viele BefürworterInnen waren unter den Studierenden, den AnhängerInnen der Linken und Grünen, den unter 30jährigen, den Personen mit hohem Bildungsabschluss und jenen mit kurzer Wohnansässigkeit zu finden. Mehr GegnerInnen ergaben sich bei den Bürgerlichen und Rechten, den 50–70jährigen, den WohnungseigentümerInnen und den Stimmenden mit tiefem Bildungsniveau.

Die BefürworterInnen wollten Energie sparen und die Alternativenergien fördern. Die GegnerInnen waren gegen weitere staatliche beziehungsweise zentralisiert erlassene Gesetze und Vorschriften; ihr Motiv war aber kaum die Annahme, die Schweiz verfüge über ausreichend Energie.

Eine Mehrheit der Antwortenden unterstützt weitergehende staatliche Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs – selbst mehr als ein Drittel der Ablehnenden neigte zu dieser Ansicht. Viele dieser Personen haben den Energieartikel ohne offizielle Nein-Parole einer Gruppierung abgelehnt, weil er ihnen zu wenig weit ging.

Bei möglichen Energiesparmassnahmen sind Mehrheiten skeptisch gegenüber Energiesteuern und Massnahmen gegen Elektroheizungen. Mehr als 80 Prozent Zustimmung erzielen aber Vorschriften zur Deklaration des Energieverbrauchs bei Geräten und zur Verkaufszulassung lediglich solcher Elektrogeräte, die wesentlich weniger Strom als die heute verkauften benötigen.

### *Änderung des Strassenverkehrsgesetzes*

Das revidierte Strassenverkehrsgesetz wurde in erster Linie dank dem massiven Ja-Stimmen-Überhang in den Kantonen der Westschweiz angenommen. In der Deutschschweiz wurde die Vorlage von der Mehrheit der Urnengänger und der Hälfte der Kantone verworfen. Abgelehnt wurde die Vorlage vor allem auch von jüngeren SchweizerInnen, insbesondere SchülerInnen und StudentInnen, sowie von SympathisantInnen linker und grüner Parteien.

Die Befürworter begründeten ihren Entscheid vor allem mit zwei Argumenten: Viele Lastwagen seien bereits 2,5 m breit; die Gesetzesänderung wurde nicht als Neuerung, sondern als Anpassung an die Realität verstanden. Die Schweiz könne nicht überall eine Ausnahme sein. Eine Angleichung an europäische Normen wurde für sinnvoll erachtet.

Bei den Gegnern standen als Entscheidungsmotive Argumente der Strassensicherheit und des Umweltschutzes im Vordergrund: Rund ein Drittel der befragten UrnengängerInnen begründete die Ablehnung damit, dass breitere Lastwagen die Sicherheit von Velofahrern und Fussgängern beeinträchtigen. Jeder vierte Gegner lehnte die Vorlage ab, weil sie zu einer Verkehrszunahme führe oder dem Strassentransport eine höhere Priorität einräume.

Die Stellungnahme der Befragten zu einzelnen im Abstimmungskampf verwendeten Argumenten deuten darauf hin, dass nicht nur die Gegner, sondern auch die Befürworter von der Gesetzesänderung kaum positive Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit erwarten. Ausschlaggebend für die Annahme war die Tatsache, dass in ganz Europa und auch in der Schweiz 2,5 m breite Lastwagen fahren. Eine Sonderregelung der Eidgenossenschaft wurde mehrheitlich als nicht gerechtfertigt erachtet, auch wenn von der Anpassung nicht nur positive Auswirkungen erwartet werden.

**UNIVERSITÄT ZÜRICH**  
**Forschungsstelle für Politische Wissenschaft**  
Künstengasse 16 – 8006 Zürich

---

**Neuere Buchpublikationen der Zürcher Politologiedozenten**

- Frei, Daniel (1990): Organ der Vereinten Nationen (UNO). Eine Einführung in 15 Vorlesungen, hrsg. und red. von Dieter Ruloff. Zürcher Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 15. Grösch: Rüegger.
- Thanh-Huyen Ballmer-Cao / Ruth Wenger (1989): L'élite politique féminine en Suisse. Zürich: Verlag Seismo.
- Ulrich Klöti / Gerald Schneider (1989): Informationsbeschaffung des Gesetzgebers. Zürcher Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 14. Grösch: Rüegger.
- Daniel Frei / Dieter Ruloff (1989): Handbook of World Policy Analysis. Methods for Practical Application in Foreign Policy Planning, Strategic Planning and Business Risk Assessment. Dordrecht – Boston – London: 1989, Martinus Nijhoff, und Genf – New York: UNITAR (UN Sales No. E.89.III.K.ST/25).
- Albert A. Stahel (1989): Indirekte Strategie. Der Westen und Gorbatschow. Zürich: Presdok.
- Daniel Frei / Dieter Ruloff (1988): Handbuch der weltpolitischen Analyse. Methoden für Praxis, Beratung und Forschung. 2. Aufl., Chur: Verlag Rüegger.
- Daniel Frei / Dieter Ruloff (1988): Les Risques Politiques Internationaux: Analyse – Prévision – Conseil. Préface de l'Amiral Pierre Lacoste, Président de la Fondation pour les Etudes de Défense Nationale. Paris, Edition S.A. / J.M. Vajou.
- Dieter Ruloff (1988): Weltstaat oder Staatenwelt – Über die Chancen globaler Zusammenarbeit. München: Verlag C.H. Beck (Beck'sche Reihe Bd. 372).
- Dieter Ruloff (1987): Wie Kriege beginnen. München (2. Aufl.): Verlag C.H. Beck (Beck'sche Reihe Bd. 294).

**Neuere Dissertationen der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft,  
Internationale Beziehungen**

- Catrina, Christian: Arms transfers and dependence. New York; Philadelphia; London; Taylor & Francis, 1988.
- Cléménçon, Raymond G.: Perceptions and Interests. Developing Countries and the International Economic System. Bern; Frankfurt/M.; New York; Paris: Peter Lang, 1990.
- Kux, Stephan: Language and Strategy. A Synoptical Analysis of Key Terms in the Strategic Doctrines of the Nuclear Powers. Bern; Frankfurt/M.; New York; Paris: Peter Lang, 1990.

## «Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft»

Die «Kleinen Studien zur Politischen Wissenschaft» können zum Preis von Fr. 5.– pro Nummer bei der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Künstlergasse 16, 8006 Zürich, oder Zollikerstrasse 117, 8008 Zürich, bezogen werden. Bereits vergriffene Nummern sind mit \*\* gekennzeichnet.

---

- 273–274 Walter Schenkel (1990): Stadtplanung und Quartierinteresse: Eine empirische Prozessanalyse in Zürich
- 271–272 Gerald Schneider und Thomas Hasler (1990): Evaluation politischer Programme: Innenpolitik. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 269–270 Gerald Schneider und Thomas Hasler (1990): Evaluation politischer Programme: Aussenpolitik, Vergleichende Politik. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 267–268 Daniel Ammann (1990): Die Autoabgas-Policy der Schweiz. Eine Vollzugsstudie
- 265–266 Erich Wiederkehr (1989): Der gekaufte Sitz? Werbung und Wahlerfolg: Eine empirische Untersuchung der Wirkung von Zeitungswerbung bei den Nationalratswahlen 1987
- 264 Felix Keller (1989): Schweigende Unzufriedenheit. Eine quantitative Analyse individualisierter Legitimitätsverluste mittels log-linearer Modelle
- 263 Harald Amschler / Ulrich Klöti (Hrsg.) (1989): Einstellungen zur schweizerischen Innenpolitik. Sekundäranalyse von Befragungsdaten. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 262 Christof Buri / Ulrich Klöti (Hrsg.): Einstellungen zur schweizerischen Aussenpolitik. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 260–261 Ulrich Klöti / Franz Xaver Risi (Hrsg.) (1989): Parteiensysteme im internationalen Vergleich. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 259 Daniel Frei / Rudolf Küng (Hrsg.) (1988): Die Effektivität gewaltbeschränkender Normen. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 258 Stefan Hotz (1988): ASEAN: Nationale Perspektiven und regionale Zusammenarbeit. Eine Fallstudie zur Association of Southeast Asian Nations
- 256–257 Thomas Bernauer (1988): Superpower Summits – When are They Successful? A systematic quantitative / qualitative analysis of factors influencing the outcome of summits



*Nationales Forschungsprogramm 21*

*"Kulturelle Vielfalt und nationale Identität"*

soeben erschienen:

Wolf Linder, Claude Longchamp, Regula Stämpfli

**Politische Kultur der Schweiz im Wandel  
- am Beispiel des selektiven Urnengangs**

Reihe: Kurzfassungen der Projekte

Basel 1991

kann bezogen werden bei:

Programmleitung des NFP 21, Prof. Dr. G. Kreis, Postfach 4003 Basel

Wolf Linder

# Politische Entscheidung und Gesetzesvollzug in der Schweiz

Wer trifft die politischen Entscheidungen in der Schweiz und wie werden sie vollzogen? Wie gross ist der Einfluss des Parlaments auf die gesetzgeberischen Entscheidungen? Wer sind die wichtigen Akteure des politischen Entscheidungsprozesses insgesamt? Was wird aus Gesetzen, nachdem sie angenommen sind, und welche Faktoren bestimmen ihren Erfolg oder Misserfolg? Erfüllen die Parteien noch ihre Aufgabe der Vermittlung zwischen Volk und Behörden, oder werden sie von neuen Bewegungen abgelöst?

Das vorliegende Buch präsentiert wichtigste Ergebnisse aus Einzelstudien des Nationalen Forschungsprogramms 6 «Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie» und zieht eine aktuelle Bilanz zum Funktionieren des politischen Systems der Schweiz.

Französische Version des Berichts (übersetzt von Jean-Daniel Delley): *La décision politique en Suisse - Genèse et mise en oeuvre de la législation, Réalités sociales*, Lausanne 1987.

***Kann in jeder Buchhandlung  
bezogen werden.***

**2. Auflage 1988**



GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit 20 Hochschulinstituten

## DATENBANK FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND STAAT



Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen,  
Einstellungen und Verhalten in den Bereichen  
Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

Vor mehr als 10 Jahren ist **VOX** – die Nachanalyse aller eidg. Abstimmungen und Wahlen – aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft entstanden.

Ausgehend vom gleichen Grundgedanken, thematisch jedoch erheblich erweitert werden die **VOX**-Analysen seit 1986 durch eine neue Forschungsreihe ergänzt: **UNIVOX** – einer ganzheitlich angelegten Datenbank zu

- **Leben in der Schweiz** (untergliedert in die Stichworte Gesellschaft, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Ausbildung, Freizeit, Kommunikation, Verkehr und Umwelt);
- **Staatliche Gemeinschaft** (Staat, Demokratie, Recht, Staatsfinanzen, Sozialversicherungen);
- **Wirtschaftliches Fundament** (Wirtschaft, Arbeit, Markt, Geld, Landwirtschaft und Sicherungen) und
- **Unabhängigkeit** (Freiheit, Verteidigung, Versorgung und Welt).

Jedes Jahr werden die Stichworte einmal ausführlich befragt, sodass laufend aktuelle Umfrageergebnisse zur Verfügung stehen, aber auch zeitliche Trends ersichtlich werden.

Mehr als 20 Hochschuldozenten mit ihren Assistenten und Assistentinnen in Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, St. Gallen und Zürich kooperieren mit der GfS, bereiten die Untersuchungen vor und kommentieren das von ihnen betreuten Sachgebiet (vgl. auch Rückseite).

Zum Stichwort «Staat» wurden beispielsweise die folgenden Schwerpunkte befragt: Zufriedenheit mit der schweizerischen Politik – Erfahrungen mit verschiedenen staatlichen Stellen – Einstellungen zu Kollegialsystem, Konkordanzdemokratie, Milizparlament oder Föderalismus – dringlichste Probleme der Gegenwart zuhander der Behörden – Problemlösungsfähigkeit des Staates – Umfang der Staatstätigkeit und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

**UNIVOX** ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, Redaktionen, PR-Stellen und Verwaltungen. Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien und andere mehr haben **UNIVOX** bereits abonniert.

Gerne informiert Sie die GfS über die Anwendungsmöglichkeiten von **UNIVOX** in Ihrer Organisation. Fordern Sie ausführliche Unterlagen an bei:

GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546, 8027 Zürich

Telefon 01 / 202 07 87

# Die Forschungsgemeinschaft bei den VOX-Analysen (Stand 1991)

Die VOX-Analysen sind  
eine Kooperation zwischen

**Patronatskomitee**  
Forum Helveticum  
VOX-Beirat

**GfS-Forschungsinstitut**  
(Zürich) (seit 1977)  
C. Longchamp  
J. Wild

**Praxis** ▶

und

**Forschungszentrum für  
schweizerische Politik**  
(Univ. Bern) (seit 1977)  
Prof. Dr. W. Linder  
C. Longchamp

◀ **Wissenschaft**

**Forschungsstelle für Poli-  
tische Wissenschaft**  
(Univ. Zürich) (seit 1985)  
Prof. Dr. U. Klöti  
Ch. Buri, D. Schlueth

**Geldgeber**  
Bundesbeiträge  
Privatwirtschaft  
Forschungsaufträge  
Beteiligte Institute  
Medien  
Abonnenten

**Département de science  
politique (Univ. de  
Genève) (seit 1985)**  
Prof. Dr. H. Kriesi  
F. Passy

P.P.



8001 Zürich